



VERGABEUNTERLAGEN

014-25-E15

Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

27.05.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Verfahrensbrief und Vertragsbedingungen für alle Lose.....	3
014-25-E15_Verfahrensbrief	3
014-25-E15_Los 1_Vertragsgrundlagen	12
014-25-E15_Los 2_Vertragsgrundlagen	13
014-25-E15_Los 3_Vertragsgrundlagen	14
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen_Januar 2024.....	17
Checkliste einzureichender Unterlagen.....	23
RNV_Datenschutzinformation	24
1. Einleitung.....	24
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?	24
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?	24
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag .	25
5. Wer bekommt Ihre Daten?	26
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?	26
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?	27
8. Welche Rechte haben Sie?	27
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	28
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?	29
Leistungsbeschreibungen für alle Lose.....	30
LV_Los1_Gleichstromanlage_Friedenspark_Neu.....	30
1.0 Allgemeines.....	32
2.1 Plusverteilungsfeld (800 mm Feldbreite).....	37
2.2 Gleichrichterbedienfeld (800 mm Feldbreite)	41
2.3 Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)	50
2.4 Streckenabgangsfeld 2 (800mm Feldbreite)	60
2.5 Streckenabgangsfeld 3 (800mm Feldbreite)	60
3.0 Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss	61
4.0 Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne	62
5.0 Anlagenzubehör	63
6.0 Messungen/Kurzschlussversuche.....	64
7.0 Inbetriebnahme und Einweisung	65
8.0 Stundenlohnarbeiten	66
9.0 Preisblatt	67
LV_Los2_21kV_ 7 feldrig_GUW Friedenspark	68
Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)	70
1 Allgemeines.....	70

Diese Vorgaben sind unbedingt einzuhalten.....	71
2 Aufstellung und Ausführung der 21-kV -Schaltanlage.....	72
2.1 Aufstellung.....	72
2.2 Ausführung Schaltanlage	72
Es ist eine dreipolige oder einpolige Kapselung der Geräte und Sammelschienen zugelassen.....	72
Kabelanschlüsse sind mit Endverschlusssystem Fabrikat Pfisterer oder Kabel und Draht zu vers.	73
2.3 Ausführung Leistungsschalter	73
2.4 Ausführung Lasttrenn-, Trenner- und Erdungsschalter	74
2.5 Verriegelung innerhalb eines Abzweiges	74
2.6 Ausführung des Niederspannungsraumes und der Verdrahtung	75
2.7 Überstromzeitschutz ungerichtet.....	76
Auslösekreisüberwachung	76
Prüfschalter	76
3 Leistungsbeschreibung 7-feldrige 21-kV-gasisolierte und druckfeste Schaltanlage	77
3.1 Schaltfeldsystem Einspeisung (2 Stück)	77
3.2 Schaltfeldsystem Übergabe Messung.....	78
4 Technische Daten	83
4.1 Schaltfeld.....	83
4.2 Trenner und Lasttrennschalter	83
4.3 Vakuum-Leistungsschalter	84
5 Dokumentation	85
6 Abnahme, Inbetriebnahme, Montage und Zubehör.....	86
6.1 Abnahme, Inbetriebnahme und Montage	86
6.2 Zubehör	87
7.1 GUW Friedenspark.....	88
LV_Los3_Trafo_GUW Friedenspark	89
1 Allgemeines.....	91
2 Leistungsbeschreibung	93
3 Allgemeine Vorschriften, Dokumentation u. Abnahme.....	95
4 Technisches Datenblatt für Drehstrom-Gießharz-Transformator 2.500 kVA (Gleichrichterbetrie .	96
5 Technisches Datenblatt für Drehstrom-Gießharz-Transformator 50 kVA mit Schutzgehäuse IP .	98
Auszufüllende Formulare für alle Lose	100
Angebotsschreiben.....	100
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	103
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	111
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	113
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern.....	118
LTTG Rheinland-Pfalz.....	120
Merkblatt_LTTG_2023-12	120
Merkblatt.....	120
1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen	120
2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben?	121

2.1 Tariftreueerklärung	121
2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung:	124
3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer ..	125
4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben ..	126
Mustererklärung_1_AEntG_2023	127
Mustererklärung 1	127
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2000 ..	127
nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue ..	127
Mustererklärung_3_Mindestentgelt_2023	129
Mustererklärung 3	129
Russland-Sanktionen	131
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklärung	131
Rundschreiben_2022-04-14_BW17_70904_21_Sanktionen	133
I. EU-Sanktionen gegen Russland	133
II. Verbot der Auftragsvergabe	133
III. Fortführung bestehender Verträge	134
IV. Ausnahmen	134
V. Zubehörsbau	135
VI. Inkrafttreten	135
Produkte/Leistungen	136
Eignungskriterien	149
Leistungskriterien	169
Anlagen	170

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	014-25-E15
Maßnahme	V171
Auftragsbezeichnung	Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen
Auftragsbeschreibung	Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH beabsichtigt die Errichtung eines neuen Gleichrichterunterwerks im vorhandenen Stationsgebäude im Friedenspark Ludwigshafen. Hierfür werden technische Ausrüstungen benötigt. Die Leistungen werden in 3 Losen ausgeschrieben.

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	67059 Ludwigshafen am Rhein
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja				
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten				
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>31153000-3</td><td>Gleichrichter</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	31153000-3	Gleichrichter
Code	Bezeichnung				
31153000-3	Gleichrichter				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	26.05.2025

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	26.06.2025 12:00:00
---------------	---------------------

Frist Bieterfragen	18.06.2025 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	31.07.2025
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	18.07.2025
Ende	28.02.2026
Anmerkungen	Die Lieferungen müssen innerhalb von 29 Wochen nach Zuschlagserteilung erfolgen.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 18.06.2025 12:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die | Technische Ausrüstung des Gleichrichterunterwerks im vorhanden Stationsgebäude im Friedenspark Ludwigshafen | beschreiben.

1.2 Verfahrensablauf

- ☒ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
18.06.2025 – 12.00 Uhr	Frist für die Stellung von Bieterfragen
26.06.2025 – 12.00 Uhr	Angebotsfrist
31.07.2025	Zuschlags- und Bindefrist

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ

1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

Bei Widersprüchen im Vertrag gilt die in den Besonderen Vertragsbedingungen festgesetzte Rangfolge.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabepattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabepattform Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabepattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabepattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit

2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Angebote

2.3.1. Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

[18.06.2025 – 12.00 Uhr]

über die Vergabepattform (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off bis zum

[26.06.2025 – 12.00 Uhr]

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

2.3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.3.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I.1).). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.6 Inhalt der Angebote

Von den Bietern sind mit dem Angebot alle geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

Aus der beigefügten Checkliste ergibt sich, welche Formblätter der Bieter für die Angebotserstellung zu verwenden hat und welche Unterlagen vom Bieter selbst zu fertigen sind. Die Formblätter und insbesondere das Angebotsschreiben sind an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben.

Die Bieter werden gebeten, ihre Angebote entsprechend der Gliederung der Checkliste aufzubauen.

2.3.7 Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

2.3.8 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen].

2.3.9 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.10 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.11 Prüfung und Wertung der Angebote

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.
- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriteriums:

100% Preis

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 52 Abs. 1 SektVO auf das wirtschaftliche Angebot je Los, gemäß der oben genannten Zuschlagskriterien.

2.3.12 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

Auf Verlangen ist eine Urkalkulation in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe der Projektnummer und Projektbezeichnung dem Auftraggeber zu überreichen.

2.3.13 Zuschlag

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 WRegG einholen, um zu prüfen, ob Eintragungen zu dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vorliegen.

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden. Vor Vertragsunterzeichnung können noch letzte Detailverhandlungen für kleinere Korrekturen geführt werden, soweit sie die Wertungsrangfolge nicht beeinflussen.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am [31.07.2025]. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die in der Bekanntmachung benannte folgende Stelle wenden.

3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) *Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.*

(2) *Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.*

§ 135 Unwirksamkeit

(1) *Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber*

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimsschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
 2. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
 3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
 4. Die Vertragsgrundlagen für dieses Vergabeverfahren
 5. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
 6. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
 7. Die aktuell gültige Fassung des BGB
-
1. Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des Auftraggebers gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sind automatisch unwirksam.

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
 2. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
 3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
 4. Die Vertragsgrundlagen für dieses Vergabeverfahren
 5. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
 6. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
 7. Die aktuell gültige Fassung des BGB
-
1. Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des Auftraggebers gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sind automatisch unwirksam.

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
 2. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
 3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
 4. Die Vertragsgrundlagen für dieses Vergabeverfahren
 5. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
 6. Die aktuell gültige Fassung des BGB
-
1. Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des Auftraggebers gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sind automatisch unwirksam.

1. Lieferleistung

- (1) Der Bieter garantiert, dass die zu erbringende Lieferleistung die zwingend zu erfüllenden Anforderungen an die Lieferung erfüllen, insbesondere:
 - a. die zugesicherte Beschaffenheit beziehungsweise die zugesicherten Eigenschaften (gemäß § 443 BGB) und
 - b. die zugesicherten Mengen

gemäß Leistungsverzeichnis, Liste der Erfüllung der Anforderungen des Leistungsverzeichnisses und des Preisblattes.
- (2) Der Bieter garantiert, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen so aufeinander abgestimmt und so vollständig sind, dass gewährleistet ist, die Aufgabenstellung gemäß Leistungsverzeichnis in Verbindung mit dem Auftragsschreiben und die daraus resultierenden Anforderungen zu erfüllen. Auch wenn einzelne Lieferungen und / oder Leistungen nicht ausdrücklich genannt sind, sind sie vom Bieter im Rahmen seiner Pflichten ohne gesonderte Berechnung zu erbringen, wenn diese Lieferungen und / oder Leistungen nach sachkundiger Auffassung zur Vollständigkeit der Lieferungen und / oder Leistungen oder deren einwandfreier Funktion erforderlich sind.
- (3) Der AN stellt sicher, dass alle Teile seiner Lieferungen und Leistungen aus diesem Vertrag alle relevanten Gesetze, Verordnungen, Normen und Vorschriften sowie die anerkannten Regeln der Technik für alle in der Leistungsbeschreibung (und Anlagen) beschriebenen Funktionen und Komponenten einhalten.

- (4) Die Lieferung erfolgt, für alle Standorte, auf Basis der Incoterm® 2010 DDP (Delivery Duty Paid/ Geliefert verzollt) an den in der Abrufbestellung benannten Standort des AG.
- (5) Sollte es erforderlich werden, Anträge zu einer Zollabfertigung zu stellen, so ist der AN verpflichtet, im Namen des AG die zur Zollabfertigung erforderlichen Anträge zu stellen.

2 Rechnungsstellung

- (1) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn der Überweisungsauftrag des AG vor Ablauf der Zahlungsfrist bei der Bank des AG eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (2) Rechnungen sind durch den AN unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer per E-Mail als PDF-Datei an folgende E-Mail-Adresse:

RG_rnv@rnv-online.de

Es bestehen folgende Anforderungen an die versendeten Rechnungen:

Dateiformat

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung .pdf akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (: *?/“><) im Dateinamen

Dateiinhalt

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene E-Mail-Adresse. Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige E-Mail-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Eine Übersicht über die Anforderungen an die Rechnungsqualität mit einer Beispielrechnung ist in der Anlage enthalten.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich an:

Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de

- (3) Sollte der AN die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken bzw. vermerkt haben, ist eine Bearbeitung durch die rnv nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird die rnv die Rechnung zu ihrer Entlastung an den AN zurücksenden.

3 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache

- (1) Der ausschließliche örtliche Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung und den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelaufträgen ist der Sitz des AG in 68165 Mannheim / Deutschland.
- (2) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Verfügt der AN über keinen Sitz in Deutschland und auch über keine Niederlassung mit Sitz in Deutschland (§ 21 ZPO), ist der AN verpflichtet, dem AG spätestens 2 Wochen nach Vertragsschluss einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in Deutschland zu benennen und bis zum Ablauf von mindestens 2 Jahren nach Gesamtfertigstellung der vertraglichen Leistungen aufrechtzuerhalten. Die Vertrags- und Arbeitssprache ist deutsch.
- (3) Sollten sich einzelne oder mehrere Bestimmungen als unwirksam, nichtig oder lückenhaft erweisen, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrags hiervon unberührt. Die Vertragsparteien werden die unwirksame oder nichtige Bestimmung durch eine solche Regelung ersetzen bzw. die Vertragslücke durch eine solche Regelung ausfüllen, mit denen der von ihnen verfolgte wirtschaftliche Zweck am ehesten erreicht werden kann.
- (4) Der Vertrag gilt mit Angebotsabgabe, als unterzeichnet und bedarf keiner zusätzlichen Unterschrift.

Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (AEB Liefer- und Werkleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Auftragnehmer“). Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten insbesondere für Verträge über den Einkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) an die rnv-Gruppe, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Liefer- und Werkleistungen in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen bzw. jedenfalls in der zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB Liefer- und Werkleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.

(4) Individuelle Vereinbarungen (z. B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und Angaben in unserer Bestellung haben Vorrang vor den AEB Liefer- und Werkleistungen. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit im Sinne dieser AEB Liefer- und Werkleistungen schließt Schrift- und Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) ein. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Liefer- und Werkleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 1 Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

§ 3 Lieferzeit und Verzug

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 2 Wochen ab Vertragschluss. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 1 % des Nettopreises pro vollendeter Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des jeweiligen Auftragswerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt

der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Der Auftragnehmer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).

(2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Mannheim, Möhlstraße 27, zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Auftragnehmer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 5 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ereignisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme/Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

§ 6 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

(1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.

(2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Insbesondere sind alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United

Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden:

<https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.

(3) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.

(4) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitrachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.

(5) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß § 6 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.

(6) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 5 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

(7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

§ 8 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung, Zoll) ein.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 9 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

(1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.

(3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.

(4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 10 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

(1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst nach unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.

(2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben hiervon unberührt.

(3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen. Das Gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

(5) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Auftragnehmers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 11 Gewährleistungsansprüche

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zu unseren Gunsten, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB Liefer- und Werkleistungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Auftragnehmer oder vom Hersteller stammt.

(3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffungsvereinbarung gemäß Abs. 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt. Ergänzend gilt § 475b BGB.

(4) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. .

(5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

(6) Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Auftragnehmer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Auftragnehmer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

(7) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde, bevor der Mangel offenbar wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen (Aus- und Einbaukosten) bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten, trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(8) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 12 Produzentenhaftung

(1) Ist der Auftragnehmer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von

Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 13 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert, sicherstellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.

(2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Dem Auftraggeber sind auf Verlangen Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, hat der Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 14 Schutzrechte

(1) Der Auftragnehmer steht nach Maßgabe dieses Abs. 1 dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden. Er ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen einer solchen Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.

(2) Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt.

§ 15 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 16 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB Liefer- und Werkleistungen und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB Liefer- und Werkleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

[Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen]
[014-25-E15]

Checkliste

Mit dem Teilnahmeantrag/Angebot sind folgende Unterlagen einzureichen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (Los 1 und 2)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besondere Vertragsbedingungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
rnv Datenschutzinformation	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.II.1. – Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.IV.1. – Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.IX.1 – Verpflichtung von qualifizierten Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Eigenerklärung EU-Russland-Sanktionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung ArbEntG für Rheinland-Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung MiLoG für Rheinland-Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Versicherungsnachweis oder Nachweis über Versicherungsabschluss im Auftragsfall der Versicherung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum **305-24-EK2 - Herstellung und Lieferung von Gleismaterial** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Herr Mentges
Marienburgstraße 27
64297 Darmstadt
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de oder datenschutz@rnv-online.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

Los 1

Leistungsbeschreibung

Gleichstromschaltanlage

GUW Friedenspark

1.0	Allgemeines	3
2.1	Plusverteilungsfeld (800 mm Feldbreite)	8
2.2	Gleichrichterbedienfeld (800 mm Feldbreite)	12
2.3	Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)	21
2.4	Streckenabgangsfeld 2 (800mm Feldbreite)	31
2.5	Streckenabgangsfeld 3 (800mm Feldbreite)	31
3.0	Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss	32
4.0	Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne	33
5.0	Anlagenzubehör	34
6.0	Messungen/Kurzschlussversuche	35
7.0	Inbetriebnahme und Einweisung	36
8.0	Stundenlohnarbeiten	37
9.0	Preisblatt	38

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)

1.0 Allgemeines

Für ein Gleichrichterunterwerk in Ludwigshafen, im Netz der RNV GmbH ist eine

5-feldrige Gleichstromanlage bestehend aus einer Plusverteilung, Gleichrichterbedienfeld mit drei Streckenabgangsfelder anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung und das Einbringen aller Schaltfelder in das vorhandene Gebäude inkl. aller dafür erforderlichen Hilfsmittel.

Die Steuerung des Plusverteilungs-/Gleichrichterbedienfeld erfolgt jeweils mittels einer speicherprogrammierbaren Steuerung (SPS). Die Steuerung ist in die Automatisierung der einzelnen Streckenfelder der Gleichstromschaltanlage mit einzubinden.

Die Streckenabgangsfelder sind in ausziehbarer Technik mit einem digitalen Streckenschutz und einer autarken speicherprogrammierbarer Steuerung zu liefern.

Das Automatisierungsprogramm und dessen Software für die Gleichstromanlage sind Bestandteil des Angebotes.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOStrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A2 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Inbesondere wird auf folgende Punkte hingewiesen:

- die VDE-Bestimmungen, insbesondere die VDE 0115
- die Verordnung über Bau und Betrieb der Straßenbahnen und Eisenbahnen (EBO)
- die Unfallverhütungsvorschriften und Auflagen der Berufsgenossenschaft und der Gewerbeaufsicht
- die anerkannten Regeln des Handwerks und der Technik

Sämtliche übrigen für die Errichtung und Abnahme von Stromversorgungsanlagen gültigen Vorschriften und Auflagen der Aufsichtsbehörden (Technische Aufsichtsbehörden) und alle einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind umzusetzen.

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwerungen und evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung aller Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Die angebotenen Geräte und Anlagenteile müssen die vorgegebene Funktionalität der Anlage gewährleisten.

Die vorgegebenen Abmessungen sind zwingend und sind einzuhalten.



Dem Angebot sind Zeichnungen, Maßbilder, Aufstellungspläne der Gleichstromschaltanlage und alle zur Beurteilung notwendigen Unterlagen beizufügen.

Nach Auftragserteilung sind dem AG innerhalb 14 Arbeitstagen die technischen Unterlagen zur Genehmigung vorzulegen.

Die Anordnungs-, Stromlauf-, Klemmenpläne, Gerätelisten und Kabellisten sind auf dem Moeller CAD-System Proplan zu erstellen.

Nach Inbetriebnahme der Anlage sind die Pläne auf den neusten Stand zu bringen und 2-fach auf Papier und Datenträger zu liefern.

Die Gleichstromanlage ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen.

Das Angebot ist in zweifacher Ausführung abzugeben.

Maßgebend ist der volle Wortlaut der Leistungsbeschreibung.

2.0 Technische Daten Gleichstromanlage

Die Gleichstromanlage setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen:

1 Stück	Plusverteilung
1 Stück	Gleichrichterbedienung
3 Stück	Streckenabgangsfelder

Elektrotechnische Angaben Gleichstromanlage:

Nennspannung	750V DC
Bemessungs- Isolationsspannung	1,2kV
Bemessungs- Stehstossspannung (Leiter gegen Erde)	8kV
Stehwechselspannungspegel Hauptstromkreise (Leiter gegen Erde)	3,6kV
Stehwechselspannungspegel Hilfsstromkreise	2kV
Nennstrom der Sammelschiene	3kA
DC-Hilfsspannung	60V
DC-Hilfsspannung SPS-Steuerung	24V
Schutzart Leistungsschalterfeld	IP20
Schutzart Niederspannungsnische	IP40

Die Gleichstromanlage ist:

- isoliert aufzubauen, zentral zu Erden und über ein Stromrelais definiert abzusichern
- ist zusätzlich mit einer zentralen Schnittstelle für eine Fernwirkanbindung (Draht-Technik) auszurüsten
- für die Fernsteuerung u. Fernmeldung ist eine getrennte Klemmleiste mit Trennklemmen Fabrikat Phoenix MTK oder gleichwertig vorzusehen
- mit zusätzlichen Prüfbuchsen für Messungen bei den DC-Trennverstärker vorzusehen
- mit einem Blindschaltbild auf den jeweiligen Feldern zu versehen
- Die Sammelschiene ist blau und die Rückleiterschienen rot zu lackieren

2.1 Plusverteilungsfeld (800 mm Feldbreite)

Lieferung und Montage eines Plusverteilungsfeldes, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (**halogenfrei**), Klemmen, Verdrahtungen etc.

Die Gerüßtschluss - Schutzeinrichtung ist in dem Plusverteilungsfeld unterzubringen.

In dem Plusverteilungsfeld werden 8 Stück Pluskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen.

Jedes Kabel ist auf Stromführung zu messen und anzuzeigen.

Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzliche Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen.

Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² mit Anschlussmöglichkeit von 8 Rückleiterkabel.

Die Rückleiterschiene ist in roter Farbe zu lackieren

Das Plusverteilungsfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm

Plusverteilungsfeld bestückt mit folgenden Bauteilen

- 1 St. G-Schutz-Stromrelais-Auslösung €
Nennstrom 80 A
Einstellbereich 60-120 A DC
Fabrikat Elektroba MAS oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. Potentialüberwachungsrelais Warnung/Auslösung €
Nennspannung 1.000 V DC
Nach DIN EN 50122 / Teil 1
Fabrikat ESN, Typ 8521 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- | | | | |
|-------|--|--|---------|
| 8 St. | Nebenwiderstände: | 1.000 A/60 mV | € |
| 8 St. | DC Trennverstärker: | Eingang ± 120 mV
U _H 60 V DC
Ausgang ± 20 mA/10V
Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig | € |
| | Fabrikat: _____ | | |
| | Typ: _____ | | |
| 8 St. | Drehstrom-Strommesser: | Messber. 0-20 mA/10V
Größe 48x 96
Skala 0-2 kA | € |
| 1 St. | Diazed Sicherungselement 750 V | | |
| 1 St. | Kabelüberwachungsrelais | | € |
| | Fabrikat ESN, Typ 853321 oder gleichwertig | | |
| | Fabrikat: _____ | | |
| | Typ: _____ | | |
| 1 St. | Kabelabschlusswiderstände 68 kOhm | | € |
| | Fabrikat ESN oder gleichwertig | | |
| | Fabrikat: _____ | | |
| | Typ: _____ | | |

2 St.	Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler) Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig €
	Fabrikat: _____	
	Typ: _____	
2 St.	Sicherungsautomaten mit Hilfskontakten (2 Wechsler) Fabrikat ABB S202 K16 oder gleichwertig €
	Fabrikat: _____	
	Typ: _____	
1 St.	Überspannungsableiter: Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 003-7D oder gleichwertig €
	Fabrikat: _____	
	Typ: _____	
2 St.	Erdungsbolzen für die gleichstromseitige Erdung des Gleichrichters und der Rückleiterstromsammelschiene €
1 St.	Lieferung einer Plusverteilung bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei), Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische Funktionsfähigkeit der Anlage. €
Summe Pos .2.1	 €

2.2 Gleichrichterbedienfeld (800 mm Feldbreite)

Lieferung und Montage Gleichrichterbedienfeldes, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle, Leitungen und Klemmen **(halogenfrei)**, Verdrahtungen etc.

Im Gleichrichterbedienfeld befindet sich der 20 kV UMZ Schutzschalter sowie der 20 kV Prüfschalter.

Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzlich Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen.

In dem Gleichrichterbedienfeld werden 6 Stück Minuskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen.

Kupferverschienenung aus 2x120x10 mm² für Sammelschiene (blau lackiert), sowie Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² zum Rückleiterfeld (rot lackiert)

Das Gleichrichterbedienfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm



Gleichrichterbedienfeld bestückt mit folgenden Bauteilen:

- 2 St. Trennschalter für Plus- und Minustrenner €
mit Zugösenhebel und Sperrmagnet 60 VDC
mit Hilfskontakten (4S + 4Ö)
Nennstrom 3.150 A,
Nennspannung 1.500 VDC
Fabrikat Rittert oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. Nebenwiderstände: 3.000 A/60 mV €

- | | | | |
|-------|---|--|---------|
| 1 St. | DC Trennverstärker: | Eingang $\pm 120 \text{ mV}$ | € |
| | UH 60 V DC | Ausgang $\pm 20 \text{ mA}/10\text{V}$ | |
| | Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig | | |

Fabrikat: _____

Typ: _____

- | | | |
|-------|--------------------------------------|--|
| 1 St. | Drehspul-Strommesser:
Größe 72x72 | Messbereich 0-20 mA/10V..... €
Skala 0-6 kA |
|-------|--------------------------------------|--|

1 St.	DC Trennverstärker:	Eingang $\pm 1.000\text{ V}$ €
	$U_H 60\text{ V DC}$	Ausgang $\pm 20\text{ mA}$	
	Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig		

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St.	Drehspul-Spannungsmesser:	Messbereich $0-20\text{ mA}$, €
	Größe 72×72	Skala $0-1.000\text{ V}$	

1 St.	DC Trennverstärker:	Eingang $0-2\text{ A}$ €
	$U_H 60\text{ V DC}$	Ausgang $\pm 20\text{ mA}$	
	Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig		

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St.	Drehspul-Strommesser:	Messbereich 1 A €
	Größe 72×72	Skala $100/200\text{ A}$	

1 St.	Drehspul-Bimetallstrommesser:	Messbereich 1 A €
	Größe 72×72	Skala $100/120\text{ A}$	

1 St. Steuerschalter Ort/Aus/Fern €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Steuertaster Direkt EIN €
 mit Selbstrückholung
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

3 St. Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. elektronische Stellungsmelder farbig 20-kV €
 Leistungsschalter

60V DC
 Fabrikat Messma oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Diazed Sicherungselement 750 V €

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K25 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K16 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. DC/DC Wandler 60/24 VDC €
Fabrikat Phoenix, Typ QUINT-PS60/24 DC/10
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

12 St. Hilfsschütze €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

16 St. Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.32.09.024.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

12 St. Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.60.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. LED Anzeigemodul für die Anzeige von €
16 Meldungen mit Quittierung u. Deblockierung
von anstehenden Störmeldungen.60 VDC
Fabrikat ESS oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. speicherprogrammierbare Steuerung €
kompl. mit Programmerstellung mit den
Funktionen Erfassen von Stellungen
und Störmeldungen sowie Messwerten
- Digitale Eingangskarte für 32 Eingänge
- Digitale Ausgangskarte für 32 Ausgänge
- Fabrikat Siemens S7 300 oder gleichwertig
Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Diodenmodul €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. UMZ-Schutzgerät: €
Fabrikat Siemens, Typ 7SJ602 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____
- 1 St. Prüfschalter: €
Fabrikat Siemens, Typ 7ZV72 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____
- 1 St. Überlastrelais: Messbereich 0,63-1 A €
Fabrikat Siemens oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____
- 4 St. Erdungsbolzen für die gleichstromseitige €
Erdung des Gleichrichters und der
Gleichstromsammelschiene



1 St. Lieferung einer Gleichrichterbedienung bestehend €
aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion,
mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit
Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher
Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei),
Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische
Funktionsfähigkeit der Anlage.

Summe Pos 2.2€

2.3 *Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)*

Lieferung und Montage von einem Streckenabgangsfeld, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, zwei einflügeligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Kabelkanäle, Leitungen und Klemmen (**halogenfrei**), Verdrahtungen etc.

Im Streckenabgangsfeld befindet sich der GS-Schnellschalter in ausziehbarer Technik, die sich hinter einem hydraulisch gedämpften Schwenkrahmen befinden. Auf dem Schwenkrahmen befinden sich die kompl. Steuereinrichtungen und deren Verdrahtung

Die Auslösemechanik des Gleichstrom-Schnellschalters mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung, Nennstrom 2.600 A. muss in 200 A Schritten von 2-5 kA einstellbar sein. Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung der Schalter mechanisch abschaltbar sein.

Die Steuerung der Streckenprüfung, Meldeerfassung und automatische Wiederschaltung des Streckenschalters muss über eine autarke SPS-Steuerung (36 Ein- und 36 Ausgängen) erfolgen.

Der Schutz der Gleichstromanlage sowie der Oberleitung ist über ein digitales Streckenschutzgerät zu realisieren.

Für die Überwachung der Speisekabel ist ein autarkes Kabelüberwachungsrelais einzusetzen.

Der Kabelabgang ist so zu dimensionieren, dass zwei 400 mm² Kabel angeschlossen werden können. Es sind zwei Erdungsbolzen zum Erden des Streckenabgangs vorzusehen.

Ein Streckenabgangsfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm



Streckenabgangsfeld 1 bestückt mit folgenden Bauteilen:

- 2 St. Trennschalter für Plus- und Minustrenner €
mit Zugösenhebel und Sperrmagnet 60 VDC
mit Hilfskontakten (4S + 4Ö)
Nennstrom 2.000 A,
Nennspannung 1.500 VDC
Fabrikat Ritter oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 St. | Potentialüberwachungsrelais | € |
| | Nennspannung | 1.000 V DC |
| | Einstellbereich | 65-160 V DC |
| | Fabrikat ESN, Typ 853700 oder gleichwertig | |

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. Spannungsmelderrelais €
Fabrikat ESN, Typ 8592 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____



- 1 St. Kabelüberwachungsrelais €
Fabrikat ESN, Typ 853320 oder gleichwertig
- Fabrikat: _____
- Typ: _____
-
- 1 St. Bargraphenanzeige €
Fabrikat ESN oder gleichwertig
- Fabrikat: _____
- Typ: _____
-
- 1 St. Kabelabschlußwiderstand 1,12 MOhm €
Fabrikat ESN oder gleichwertig
- Fabrikat: _____
- Typ: _____
-
- 1 St. Nebenwiderstand 2.000A/60 mV €
-
- 5 St. Diazed Sicherungselement 750 V €

1 St. Streckenprüfschütz €
 Fabrikat Schaltbau oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Streckenprüfwiderstand 27 Ohm €
 in Schutzgehäuse
 Fabrikat Coudoint oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. DC Trennverstärker: Eingang ± 120 mV €
 U_H 60 V DC Ausgang ± 20 mA
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Digitale Stromanzeige: Messber. ± 20 mA €
 Größe 24X96 Skala -2 - 0 -6kA

1 St. DC Trennverstärker: Eingang $\pm 1000\text{ V}$ €
 $U_H 60\text{ V DC}$ Ausgang $\pm 20\text{ mA}$
 Fabrikat Müller und Ziegler oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Drehspul-Spannungsmesser: Messbereich 0-20 mA €
 Größe 72x72 Skala 0-1000 V

1 St. Steuerschalter Ort/Aus/Fern €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Steuertaster Direkt EIN €
 mit Selbstrückholung oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

3 St. Steuerdrucktaster LS- Ein / Aus / Quitt €
 Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. elektronische Stellungsmelder farbig GS Leistungsschalter €
60V DC
Fabrikat Messma oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 2 St. Sicherungsautomaten €
mit Hilfskontakten (2 Wechsler)
Fabrikat ABB S202 K20 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. DC/DC Wandler 60/24 VDC €
Fabrikat Phoenix, Typ QUINT-PS60/24 DC/10
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 1 St. LED Anzeigemodul für die Anzeige von €
8 Meldungen mit Quittierung u. Deblockierung
von anstehenden Störmeldungen.60 VDC
Fabrikat ESS oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 2 St. Leistungsschütze 60 VDC €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 4 St. Hilfsschütze 60 VDC €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 14 St. Hilfsrelais (2 Wechsler) 24 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.32.09.024.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Hilfsrelais (4 Wechsler) 24 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.024.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

8 St. Hilfsrelais (4 Wechsler) 60 VDC €
Fabrikat Finder, Typ 58.34.09.60.0050
oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Diodenmodul €
Fabrikat Moeller oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Gleichstrom-Schnellschalter UR 26 €
mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung
Nennstrom 2.600 A
Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung
der Schalter mechanisch abschaltbar sein
Fabrikat Secheron UR26 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

2 St. Fingerkontakte für Sammelschiene €
Fabrikat Secheron UR26 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Digitales Streckenschutzgerät mit Bedieneinheit €
mit Kondensatorauslösung und
allen systembedingten Zubehör
(Trennverstärker, Spannungsteiler,
LWL und Stecker)
Fabrikat Siemens, Pro oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

1 St. Speicherprogrammierbare Steuerung €
kompl. mit Programmerstellung mit den
Funktionen Erfassen von Stellungs-
und Störmeldungen sowie Messwerten
- Digitale Eingangskarte für 32 Eingänge
- Digitale Ausgangskarte für 32 Ausgänge

- Fabrikat Siemens S7 300 oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

-

- 1 St. Überspannungsableiter: €
 Fabrikat Siemens, Typ 3EB2 010-7D oder gleichwertig

Fabrikat: _____

Typ: _____

- 3 St. Erdungsbolzen für die gleichstromseitige €
 Erdung des Streckenabgangfeldes und der
 Gleichstromsammelschiene

- 1 St. Lieferung eines Streckenfelds bestehend €
 aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion,
 mit zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit
 Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher
 Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei),
 Klemmen, Verdrahtungen etc. mit Montage und deren elektrische
 Funktionsfähigkeit der Anlage.

Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzlich Prüfbuchsen
 für Messungen vorzusehen.

Kupferverschienenung für Sammelschiene und Steckenabgang aus
 2x120x10 mm²(blau lackiert),

Summe Pos 2.3 (Streckenabgangsfeld 1) €

2.4 *Streckenabgangsfeld 2 (800mm Feldbreite)*

Das Streckenabgangsfeld 2 wird gleichwertig ausgeführt wie das Streckenabgangsfeld 1.

Summe Pos 2.4 (Streckenabgangsfeld 2) €

2.5 *Streckenabgangsfeld 3 (800mm Feldbreite)*

Das Streckenabgangsfeld 3 wird gleichwertig ausgeführt wie das Streckenabgangsfeld 1.

Summe Pos 2.5 (Streckenabgangsfeld 3) €

3.0 **Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss**

Lieferung aller Verbindungsleitungen innerhalb der Gleichstromanlage. €
60 m Verbindungskabel halogenfrei 2x7x240 mm ² in 10 Teillängen (Verbindung Gleichrichter und Gleichrichterbedienfeld). €
Lieferung aller erforderlichen Erdleitungen zum Erden. der Anlagenteile €
Lieferung der Isolationsmaterial für die isolierte Aufstellung der Gleichstromanlage sowie der Oberleitungsschalteneinrichtung. €
Summe Pos 3.0 €

4.0 *Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne*

An Zeichnungsunterlagen werden verlangt:

- Aufstellungspläne
- Konstruktionspläne
- Verdrahtungstabellen
- Gerätelisten
- Stromlaufpläne
- Übersichtsplan der Anlage
- Klemmenpläne

Die Pläne sind auf dem Moeller CAD-System Proplan zu erstellen. Nach Inbetriebnahme der Anlage sind die Pläne auf den neusten Stand zu bringen.

Zur Ausführung dürfen nur Unterlagen verwendet werden, die vom Auftraggeber genehmigt sind. Diese sind dem AG rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen.

Zur Abnahme der Anlage hat der Auftragnehmer 2 Ordner im Format DIN A4 mit Bedien- und Wartungsvorschriften, Prüfprotokollen usw. für die wesentlichen Anlagenteile vorzulegen.

Darüber hinaus gehört eine Einweisung in die Bedienung und die Funktionsweise der gelieferten Anlage zum Leistungsumfang. Der Termin hierfür ist mit dem Auftraggeber mindestens 2 Wochen vorher zu vereinbaren.

Nach Inbetriebnahme der GS-Anlage hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zwei Satz revidierter Pläne als Lichtpausen, sowie auf Datenträger (z.B. Diskette) zu liefern.

Der Auftragnehmer muss für die gesamte DC- Schaltanlage ein Instandhaltungsbuch erstellen, für alle Einzelkomponenten mit den Wartungsvorschriften der Gerätehersteller. Mit Angaben von Wartungsfristen um entstehende Mängel, mit denen gerechnet werden muss, festzustellen bzw. bekannte Schwachstellen rechtzeitig zu kontrollieren.

Summe Pos 4.0

..... €

5.0 Anlagenzubehör

2 St	Abdeck- bzw. Einschubplatte für das Abdecken spannungsführender Teile im Gleichrichter oder im Streckenfeld €
1 St	Übersichtsschaltbild im Wechselrahmen €
Summe Pos 5.0	 €

6.0 Messungen/Kurzschlussversuche

Vor Aufnahme des Betriebes sind mittels Messungen folgende technische Daten der Fahrleitungsanlage zu ermitteln:

- Scheinwiderstand
- Unbeeinflusster Kurzschlussstrom
- Anstiegssteilheit des Kurzschlussstromes
- Messung Potential der Schutz- und Betriebserde

jeweils ein Kurzschluss im Gleichrichterunterwerk mit di/dt und ohne di/dt am Streckenende. Die Wirksamkeit der auf Grund der ermittelten Werte vorgenommene Schutzeinstellung, ist durch einen simulierten Kurzschluss nachzuweisen. Bei diesem Versuch ist neben dem Stromverlauf, das Potential der Schutz- und Betriebserde gegen den Bahnminus zu oszillographieren.

Für die 2 Kurzschlussversuche sind aus betrieblichen Gründen (Abschaltzeit in der Zeit von 01:00 - 03:30) für eine Nacht vorzusehen

Summe Pos 6.0

..... €

7.0 Inbetriebnahme und Einweisung

Inbetriebnahme und Überprüfung der beim Hersteller vorinstallierten Schaltanlagen. Testen der Meldungen und Befehle mit Einstellen der Steckenschutzparameter. Überprüfen der Verriegelungen und Verknüpfungen der Gleichstromanlage.

Teilnahme des bauleitenden Montageingenieurs an der Vor-Ort-Überprüfung und Inbetriebnahme der Gleichstromanlage.

..... €

Einweisung des Betriebspersonals in die Bedienungs- und Funktionsweise der abnahmebereiten GS- Schaltanlage

..... €

Sowie eine Fachschulung (Ausbildung von 4 Personen) in die entsprechende SPS- Steuerung sowie Streckenschutzsteuerung.

..... €

Für den Testbetrieb der Gleichstromschaltanlage bei laufendem Betrieb, ist ein Zeitraum von 5 Tagen vorzusehen.

..... €

Summe Pos 7.0

..... €

8.0 Stundenlohnarbeiten

Der AN hat keinen Anspruch auf die Ausführung dieser Positionen. Die Stunden sind von der Bauleitung zu genehmigen bzw. anzuordnen.

*** Eventualposition

Obermonteur für Elektroarbeiten

10 h nur LV -EP €€

*** Eventualposition

Zuschlag Obermonteur für Elektroarbeiten für Nacht-, Feiertags- oder Wochenendstunden

10 h nur LV -EP €€

*** Eventualposition

Fachmonteur für Elektroarbeiten

10 h nur LV -EP €€

*** Eventualposition

Zuschlag Fachmonteur für Elektroarbeiten für Nacht-, Feiertags- oder Wochenendstunden

10 h nur LV -EP €€

Summe Pos 8.0€

9.0 Preisblatt

GUW Friedenspark

2.1	Plusverteilunsfeld€
2.2	Gleichrichterbedienfeld€
2.3	Streckenabgangsfeld 1€
2.4	Streckenabgangsfeld 2€
2.5	Streckenabgangsfeld 3€
3.0	Verkabelung€
4.0	Dokumentation€
5.0	Anlagenzubehör€
6.0	Messungen/Kurzschlußversuche€
7.0	Inbetriebnahme und Einweisung€
8.0	Stundenlohnarbeiten (optional)€
Summe netto	€
		zuzügl. 19 % MwSt. <u>.....€</u>
Gesamtsumme brutto	€

Datum, Stempel, Unterschrift

Los 2

Leistungsbeschreibung

**7-feldrige druckfreie und gasisolierte
21-kV Mittelspannungsschaltanlage**

GUW Friedenspark

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)	3
1 Allgemeines	3
2 Aufstellung und Ausführung der 21-kV -Schaltanlage	5
2.1 <u>Aufstellung</u>	5
2.2 <u>Ausführung Schaltanlage</u>	5
2.3 <u>Ausführung Leistungsschalter</u>	6
2.4 <u>Ausführung Lasttrenn-, Trenner- und Erdungsschalter</u>	7
2.5 <u>Verriegelung innerhalb eines Abzweiges</u>	7
2.6 <u>Ausführung des Niederspannungsraumes und der Verdrahtung</u>	8
2.7 <u>Überstromzeitschutz ungerichtet</u>	9
3 Leistungsbeschreibung 7-feldrige 21-kV-gasisolierte und druckfeste Schaltanlage 10	
3.1 <u>Schaltfeldsystem Einspeisung (2 Stück)</u>	10
3.2 <u>Schaltfeldsystem Übergabe Messung</u>	11
4 Technische Daten	16
4.1 <u>Schaltfeld</u>	16
4.2 <u>Trenner und Lasttrennschalter</u>	16
4.3 <u>Vakuum-Leistungsschalter</u>	17
5 Dokumentation	18
6 Abnahme, Inbetriebnahme, Montage und Zubehör	19
6.1 <u>Abnahme, Inbetriebnahme und Montage</u>	19
6.2 <u>Zubehör</u>	20
7.1 GUW Friedenspark	21

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)

1 *Allgemeines*

Für ein Gleichrichterwerk (GUW) der RNV GmbH in Ludwigshafen ist eine 7-feldrige 24-kV-metall-gekapselte Gasisolierte - Mittelspannungsschaltanlage in:

- > Einfachsammelschienenausführung
- > Nennspannung 24 kV
- > Betriebsspannung 21 kV
- > Nennkurzschlussstrom 16 kA; 1 sec
- > Sammelschienen-Nennstrom 630 A
- > Abzweig-Nennstrom 630 A
- > Druckfreiheit im Aufstellungsraum bei Störlichtbögen

mit den erforderlichen Hilfs- und Steuereinrichtungen (Steuer- und Hilfsspannung 60 V DC) anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung und das Einbringen der Schaltanlage in das vorhandene Gebäude inkl. aller dafür erforderlichen Hilfsmittel.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOStrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A3 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Sie ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen. Insbesondere wird hingewiesen auf:

- Unfallverhütungsvorschriften
- VDE-Vorschriften
- Europeanormen, DIN-Normen
- VDEW-Empfehlungen gasisolierte metallgekapselte Leistungsschalteranlagen bis 36kV

- Qualitätssicherung nach ISO 9001

Diese Vorgaben sind unbedingt einzuhalten.

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwerungen und evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung alle Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Die angebotenen Geräte und Anlagenteile müssen die vorgegebene Funktionalität der Anlage gewährleisten.

Dem Angebot sind Zeichnungen, Maßbilder, Schnitte, Schaltbilder, Typen-Prüfprotokolle sowie die zur Beurteilung notwendigen Unterlagen beizufügen. Nach Auftragserteilung sind im Einvernehmen mit der Projektleitung für die technischen Anlagen genaue Pläne anzufertigen.

2 *Aufstellung und Ausführung der 21-kV -Schaltanlage*

2.1 Aufstellung

Die Aufstellung der Gasisolierten-21kV-Mittelspannungs-Schaltanlage erfolgt direkt an der Gebäudewand in einer Reihe verlaufend mit Kabeleinführung von unten.

2.2 Ausführung Schaltanlage

Metallgekapselte, gasisolierte-21kV-Mittelspannungs-Schaltanlage mit berührungssicherer und geerdeter Kapselung in fabrikfertiger Bauweise mit einzelnen Feldern für freistehende Aufstellung im Schaltanlagenraum. Zum Schutz von Personen, Anlagen und Umwelt darf im Störlichtbogenfall kein Druck auf den Aufstellungsraum, sowie keine Druckwelle auf die Stationswände entstehen.

Es ist eine dreipolige oder einpolige Kapselung der Geräte und Sammelschienen zugelassen.

Das verwendete Material ist anzugeben. Steht keine wartungsfreie Kapselung zur Verfügung, so ist anzugeben, in welchen Zeiträumen die Nachbehandlung der Kapselung zu erfolgen hat.

Die Gasschottisolatoren müssen so ausgebildet sein, dass sie den vollen Gasdruck auf der einen Seite und Vakuum auf der anderen Seite aushalten.

Um einen einwandfreien Betrieb bei Undichtigkeit eines Gasraumes zu erreichen, muss bei Druckausgleich (Atmosphärendruck) die volle Betriebsspannung gehalten werden.

Jeder Schottabschnitt der Schaltanlage ist so zu konstruieren, dass keine Druckwelle infolge eines inneren Lichtbogenfehlers auf den Aufstellungsraum oder dessen Wände abgegeben wird.

Für die Überwachung der Gasschotträume sind Dichtewächter zu verwenden, die mindestens zwei Kontakte besitzen.

Kabelanschlüsse sind mit Endverschlusssystem Fabrikat Pfisterer oder Kabel und Draht zu versehen.

2.3 Ausführung Leistungsschalter

Es ist ein Vakuum-Leistungsschalter mit Federkraftspeicher-Antrieb einzusetzen. Das Spannen des Federkraftspeichers muss mit Handkurbel und Motor möglich sein.

Der Leistungsschalter muss für folgende Schaltbedingungen ausgelegt sein:

- Schalten des Klemmkurzschlusses
- Schalten von kleinen Strömen (Leerlaufstrom eines Trafos)
- Schalten von kleinen kapazitiven Strömen (Ladestrom der leerlaufenden Kabel)

Ferner muss der Leistungsschalter noch folgenden Bedingungen genügen:

Ab einer Bestimmten Impulszeit für die Ein- bzw. Ausschaltspule erfolgt die Schaltbewegung unabhängig von dem gegebenen Befehl.

Steht ein Ausbefehl an, so kann der Leistungsschalter nicht zugeschaltet werden (Pumpverhütung).

Leistungsschalter:

Hersteller: _____

Typ: _____

2.4 Ausführung Lasttrenn-, Trenner- und Erdungsschalter

Die Trenner müssen so ausgebildet sein, dass die beim Zuschalten einer spannungslosen Sammelschiene auftretenden Ausgleichs-Vorgänge einwandfrei beherrscht werden. Es wird ferner vorausgesetzt, dass die Antriebskinematik so ausgeführt ist, dass der Trenner im ein als auch im ausgeschalteten Zustand durch eine Totpunktverriegelung verklinkt ist.

Alle Mittelspannungsgeräte wie Lasttrennschalter, Trenner, Erder, Leistungsschalter müssen Hilfsschalter enthalten, die so ausgebildet sind, dass keine Hilfsschütze erforderlich werden. Im Angebot sind die zur Verfügung stehenden Hilfsschalter getrennt nach Öffnern und Schließen bzw. Wischern anzugeben.

Die Hilfsschalterantriebe müssen so ausgebildet sein, dass eine exakte Stellungsmeldung gegeben ist. Dies bedeutet, dass eine Meldung erst kurz vor oder nach dem Erreichen des Totpunktes abgesetzt werden darf. Ferner wird vorausgesetzt, dass der Antrieb der Hilfsschalter kraftschlüssig mit dem Antrieb des betreffenden Gerätes verbunden ist.

Die mechanischen Stellungsanzeiger der einzelnen Antriebe sind kraftschlüssig mit dem Antrieb zu verbinden. Die Anzeige muss gut vom Bedienungs- bzw. Kontrollgang aus sichtbar sein.

2.5 Verriegelung innerhalb eines Abzweiges

Die Verriegelung des Erders gegenüber dem Trenner ist derart auszuführen, dass eine Ein- bzw. Ausschaltung des Erders nur bei offenem Trenner möglich ist. Bei eingeschaltetem Erder darf eine Betätigung des Trenners nicht möglich sein.

2.6 Ausführung des Niederspannungsraumes und der Verdrahtung

Im Niederspannungsraum des Schaltfeldes müssen untergebracht sein:

- UMZ-Schutz für das Trafoabgangsschaltfeld, Fa. Siemens, Typ SIPROTEC Compact 7SJ80 (nur Lieferung).
- Schutz-Prüfschalter Fa. Siemens, Typ 7XV75 (nur Lieferung).
- Alle weiteren Überwachungsgeräte wie Sicherungen etc.

Die halogenfreie Verdrahtung und Anordnung der Klemmen und Schalt- und Steuergeräte hat in halogenfreien Kanälen zu erfolgen.

- Klemmenmaterial Fabrikat Phönix, Typ UK5 für Steuerung, Typ URTK für Strom und Spannung

2.7 Überstromzeitschutz ungerichtet

Der Überstromzeitschutz soll mittels phasenselektiver Messung der drei Leiterströme und des Erdstromes (4 Stromwandler) erfolgen. Harmonische Anteile sollen nicht bewertet werden. Beim Zuschalten auf einen Kurzschluss soll optional eine Schnellabschaltung erfolgen. Der Überstromzeitschutz muss sich über Binäreingaben blockieren lassen.

2 stromunabhängige Überstromzeitschutzstufen Phase/Erde (UMZ)

empfindliche Erdstromerfassung 3 mA bis 1,4A

inverse Überstromzeitschutzkennlinien Phase/Erde (AMZ) nach IEC

normal abhängig (inverse)

stark abhängig (very inverse)

extrem abhängig (extremely inverse)

langzeit abhängig (long inverse)

inverse Überstromzeitschutzkennlinien Phase/Erde (AMZ) nach ANSI

inverse (normal abhängig)

short inverse (kurz abhängig)

long inverse (lang abhängig)

moderately inverse (mäßig abhängig)

very inverse (stark abhängig)

extremely inverse (extrem abhängig)

definite inverse (gleichmäßig abhängig)

Nachbildung elektromechanischer Relais nach ANSI C37.112

Rückwärtige Verriegelung

Schnellabschaltung bei Zuschalten auf einen Kurzschluss

Inrushunterdrückung (2. Harmonische) mit Crossblock für je eine ungerichtete UMZ-Stufe

Es ist ein UMZ- Schutz für Feldeinbau der Fa. Siemens Typ: SIPROTEC Compact 7SJ80 oder gleichwertig zu liefern.

Auslösekreisüberwachung

Überwachung der Auslösespule und der Anschlussverdrahtung.

Prüfschalter

Es ist ein Prüfschalter für Feldeinbau der Fa. Siemens Typ: 7XV75 oder gleichwertig zu liefern.

Hilfsspannung: 60 V DC, Toleranz: $\pm 10 \%$

3 Leistungsbeschreibung 7-feldrige 21-kV-gasisolierte und druckfeste Schaltanlage

Lieferung einer kompletten 21-kV-metallgekapselten-gasisolierten und druckfesten Schaltanlage in Einfachsammschienen-Ausführung Nennstrom 630 A bestehend aus:

- 2 Schaltfeldsystem Einspeisung (Lasttrennschalter)
- 1 Schaltfeldsystem Übergabe (Lasttrennschalter)
- 1 Schaltfeldsystem Messung
- 1 Aufführungsfeld
- 1 Schaltfeldsystem Abgang EB- Trafo (Sicherungslasttrennschalter)
- 1 Schaltfeldsystem Abgang Trafo 1 (Leistungsschalter mit UMZ- Schutz und Prüfschalter nur Lieferung)

3.1 Schaltfeldsystem Einspeisung (2 Stück)

In einem Schaltfeld (Feld 1) muss ein Erdungskurzschlussanzeiger der Firma Horstmann Typ ComPass B 2.0 eingebaut sein.

In jedem Schaltfeld sind eingebaut:

- Ein Stück Lasttrennschalter (motorgetrieben mit Fernsteuerung)
 - Nennstrom: 630 A
 - Motorgetrieben mit 60VDC (Ort / Fern)
 - Mit Hilfsschalter, sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert.
 - Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 1.2 mit Relaisfunktion
 - Steuernische für die Klemmen und Automaten des fernsteuerbaren Motorantriebes, auf Klemmen geführten Hilfskontakte (Lasttrenner und Erdungstrenner) und für die Fernübertragung des Erdungskurzschlussanzeigers
 - Ort / Fern Umschalter zur Steuerung des Lasttrennschalters

3.2 Schaltfeldsystem Übergabe Messung

In jedem Schaltfeld sind eingebaut:

- Ein Stück Lastrennschalter
 - Nennstrom: 630 A
 - mit Handbetätigung
 - mit Hilfsschalter, sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert
 - Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 1.2 mit Relaisfunktion
- Ein Stück Erdungsschalter mit Handbetätigung
 - mit Hilfsschalter sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert
- Sechs Stück Kugelerdungsanschlusspunkte
- Lochblech im Schaltraumboden um das Eindringen von Fremdkörpern zu verhindern
- Die Verrechnungswandler sind in der Anlagenlieferung enthalten (nur bei luftisoliertem Messfeldaufbau). **Alle Wandler müssen zusätzlich sichtbar geerdet werden.**

Als Verrechnungswandler sind Wandler mit folgenden Daten zu liefern:

Spannungswandler:

- Bemessungsspannung U_m [kV]: 24
- primäre Bemessungsspannung U_{PN} [V]: $20000 / \sqrt{3}$
- sekundäre Bemessungsspannung U_{SN} [V]: $100 / \sqrt{3}$
- Nennleistung und Klasse: 50 VA, Kl. 0,5
- Isolationspegel: 24 / 50 / 125 kV
- Bemessungsfrequenz [Hz]: 50Hz
- Wicklungs- und Windungsprüfung sowie Beglaubigungsschein
- Gießharz

Stromwandler:

- Bemessungsspannung U_m [kV]: 24
- sekundärer Bemessungsstrom I_{SN} [A]: --- / 5 A
- Nennleistung und Genauigkeitsklasse: 15 VA, Kl. 0,5 S FS 5
- thermischer Bemessungskurzzeitstrom I_{th} : 20 kA / 1 sec
- Isolationspegel: 24 / 50 / 125 kV
- Bemessungsfrequenz [Hz]: 50Hz
- Wicklungs- und Windungsprüfung sowie Beglaubigungsschein
- Gießharz

3.3 Schaltfeldsystem Abgangsschaltfeld EB-Trafo

In jedem Schaltfeld sind eingebaut:

Ein Stück Sicherungslasttrennschalter

- Nennstrom: 630 A
- mit Handbetätigung
- mit Hilfsschalter, sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert.
- 6 Stk. HH-Sicherungen 24kV, (3 Stk. Reserve) mit Stichmaß e=442mm für Absicherung eines 50kVA Leistungstransformators.
- Mit Meldeschalter für „HH-Sicherung ausgelöst“.
- Keine Schalthandlungen bei geöffnetem Kabelraum.
- Arbeitsstromauslösung 60VDC
- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 1.2 mit Relaisfunktion

Ein Stück Erdungsschalter mit Handbetätigung

- mit Hilfsschalter sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert.

3.4 Schaltfeldsystem Abgangsschaltfelder

Im Schaltfeld sind eingebaut:

Ein Stück Leistungsschalter Nennstrom: 630 A

- mit Federkraftspeicherantrieb
- mit Motorsaufzug und Hand-Notaufzug
- mit mech. Drucktasten für "EIN"- und "AUS"-Schaltung
- mit Arbeitsstromauslöser für "EIN"- und "AUS"-Schaltung
- mit Schalterfallunterdrückung bei gewollter mechanischer Schaltung
- mit Hilfsschalter, sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert
- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 1.2 mit Relaisfunktion
- Doppelkern Kabelumbauwandler 100/1/1 für Schutzgerät (1,5VA Cl. 10P10) und Strommesser (5VA Cl. 0,5FS10)

Ein Stück Lasttrennschalter Nennstrom 630 A

- mit Handbetätigung-
- mit Hilfsschalter, sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert

Ein Stück Erdungsschalter- mit Handbetätigung

- mit Hilfsschalter, sonst wie in der Gerätebeschreibung ausführlich erläutert

Niederspannungsraum bestückt mit:

- Feldgerät für Schutz (UMZ), Steuerung und Überwachung mit Blindschaltbild (LCD Display), Stromanzeige und Anzeige der feldbezogenen Störmeldungen, Messwertverarbeitung etc., Fabr. Siemens SIPROTEC Compact 7SJ80 **(nur Lieferung)**
- Schutz-Prüfschalter Fabr. Siemens, Typ 7XV7500-0CA00 **(nur Lieferung)**
- Automaten, mit Hilfsschalter 1S + 1Ö, für die Absicherung der Stromkreise:
- Motorantriebe für Leistungsschalter
- Feldgerät für Schutz, Steuerung und Überwachung
- Hilfsschütze 60 VDC
- sonstige Überwachungsgeräte
- Erforderliches Klein-, Klemmen-, Befestigungs- und Verdrahtungsmaterial.

Niederspannungsraum komplett ausgebaut mit halogenfreien Kabelkanälen, verdrahtet mit halogenfreien Aderleitungen auf Klemmleisten Fabr. Phönix. Beschriftung sämtlicher Geräte (doppelte Beschriftung -Gerät und Einbauort), Klartextbeschriftung der Sicherungen und Automaten sowie Schrankbeschriftung.

4 Technische Daten

4.1 Schaltfeld

- Betriebsspannung	21 kV
- Nennspannung	24 kV
- Nennfrequenz	50 Hz
- Nenn-Stehwechselspannung, 1 min	50 kV, eff.
- Nenn-Stehblitzstoßspannung	125 kV
- Nenn-Kurzzeitstrom, 1 sek.	16 kA
- Nenn-Stoßstrom	20 kA
- Nennstrom der Sammelschienen	630 A
- Hilfsspannung	60 VDC
- Störlichtbogenqualifikation	

4.2 Trenner und Lasttrennschalter

- Betriebsspannung	21 kV
- Nennspannung	24 kV
- Nennfrequenz	50 Hz
- Nenn-Stehwechselspannung 1 min.	50 kV, eff.
- Nenn-Stehblitzstoßspannung	125 kV
- Nenn-Kurzschlusseinschaltstrom	40 kA
- Nennstrom der Lasttrennschalter	630 A
- Nennstrom der Abgangstrenner	630 A
- Nennspannung der Motorantriebe	60 VDC
- Hilfsschalter Trenner	10 S + 10 Ö
- Hilfsschalter Erder	7 S + 2 Ö + 1 W

4.3 Vakuum-Leistungsschalter

- Betriebsspannung	21 kV
- Nennspannung	24 kV
- Nennfrequenz	50 Hz
- Nenn-Stehwechselspannung 1 min	50 kV, eff.
- Nenn-Stehblitzstoßspannung	125 kV
- Nenn-Kurzschlussausschaltstrom, 1 sec.	20 kA
- Nenn-Kurzschlusseinschaltstrom	40 kA
- Nennstrom des Leistungsschalters	630 A
- Nennstrom der Abgangsschalter	630 A
- Nennspannung der Motorantriebe	60 VDC
- Arbeitsstromauslöser "EIN" und "AUS"	60 VDC
- Hilfsschalter auf der Schaltwelle	8 S + 7 Ö + 1 W
- Hilfsschalter betätigt durch den Energiespeicher	1 S + 3 Ö + 1 W
- Hilfsschalter betätigt durch mech. "AUS"	2 Ö
- Hilfsschalter betätigt durch mech. "EIN"	1 Ö

5 Dokumentation

Zum Dokumentationsumfang gehören:

- | | |
|---------------------------|--------------------------------|
| - Beschreibung der Anlage | - Technische Datenblätter |
| - Inhaltsverzeichnis | - Betriebsanweisungen |
| - Stromlaufpläne | - Stücklisten |
| - Klemmenpläne | - Grundriss (Aufstellungsplan) |
| - Gerätelisten | - Schnitte |
| - Ausbaupläne | - Erdungsplan |

Zeichnungen sind entsprechend folgenden DIN-Vorschriften (oder gleichwertigen Vorschriften) auszuführen:

- | | |
|-----------------------|---|
| - DIN 40 713 | Schaltzeichen, Blatt 1-3 |
| - DIN 40 719 Teil 1, | Schaltungsunterlagen, Begriffe und Einteilungen |
| - DIN 40 719 Teil 2, | Schaltungsunterlagen, Kennzeichnung von Betriebsmitteln |
| - DIN 40 719 Teil 3, | Schaltungsunterlagen, Regeln für Stromlaufpläne |
| - DIN 40 719 Teil 9, | Schaltungsunterlagen, Ausführung von Anschlussplänen |
| - DIN 40 719 Teil 10, | Schaltungsunterlagen, Ausführung von Anschlussplänen |
| - DIN 6 771 Teil 5, | Schaltpläne Format DIN A3 |

Sämtliche Zeichnungen sind vor der Ausführung der Baumaßnahme zur Genehmigung dem AG vorzulegen, wodurch jedoch die Gewährleistung des Lieferanten bezüglich der Ausführung, Anordnung und Betriebssicherheit aller Teile nicht beeinflusst wird.

6 Abnahme, Inbetriebnahme, Montage und Zubehör

6.1 Abnahme, Inbetriebnahme und Montage

Vor Inbetriebnahme der 21-kV-gasisolierten₆-Schaltanlage muss die Betriebs- und Funktionsfähigkeit aller Anlagenteile der Steuer-, Verriegelungs-, Schutz- und Überwachungseinrichtungen durch eine Funktionsprüfung nachgewiesen werden.

Nach Fertigstellung der 21-kV-Schaltanlage ist eine Hochspannungsprüfung sowie eine Teilentladungsmessung nach VDE 0670 Teil 1 für Netze mit starrer Sternpunkterdung für Reihe 20 N durchzuführen.

Eine unentgeltliche Werksabnahme durch den AG ist vorzusehen:

- Sichtprüfung
- Dichtigkeitsprüfung
- Funktionsprüfung
- Messung des Spannungsabfalls
- Spannungsprüfung der Hilfsstromkreise
- Spannungsprüfung mit Prüfwechselspannung
- E-Prüfung

Ein Übergabeprotokoll und die Erstwertmessergebnisse sind dem AG vorzulegen.

Spätestens 6 Wochen nach Inbetriebnahme der Schaltanlage sind Revisionspläne in zweifacher Ausfertigung und je ein Ersatzoriginal zur Verfügung zu stellen.

6.2 Zubehör

1 Stück elektronischer Phasenvergleich, Fabr. Pfisterer, zum Phasenvergleich an kapazitiv ausgekoppelten Spannungen von Kabelsteckern und Bauteilen mit integrierten kapazitiven Teilern.

6 Stk. HH-Sicherungen 24kV (EB-Trafo)

1 Satz Winkel- Kabelstecker zum Anschluss des Gleichrichter - Trafos

1 Satz Winkel- Kabelstecker zum Anschluss des EB - Trafos

2 Satz (6 Stück) steckbare Spannungsanzeiger für kapazitiven Spannungsabgriff in den Schaltfeldern

1 Stk. Betätigungssteckhebel für Lasttrennschalter

1 Stk. Betätigungssteckhebel für Erdungskurzschließer

1 Stk. Handkurbel oder Hebel zum Spannen der Leistungsschalter

2 Stk. Schaltanlagenschlüssel

7. Preisblatt

7.1 GUW Friedenspark

1 Stück 21-kV-gasisolitere und Druckfeste-Schaltanlage€

Summe netto €

zzgl. MwSt. 19%€

Summe brutto €

Datum, Stempel, Unterschrift

Los 3

Leistungsbeschreibung

Gleichrichter - und Eigenbedarfstransformator

GUW Friedenspark



1 Allgemeines	3
2 Leistungsbeschreibung	5
3 Allgemeine Vorschriften, Dokumentation u. Abnahme	7
4 Technisches Datenblatt für Drehstrom-Gießharz-Transformator 2.500 kVA (Gleichrichterbetrieb)	8
5 Technisches Datenblatt für Drehstrom-Gießharz-Transformator 50 kVA mit Schutzgehäuse IP21 und Fahrwerksaufstellung	10

Technische Spezifikation (Leistungsbeschreibung)

1 Allgemeines

Für ein Gleichrichterwerke (GUW) der RNV GmbH in Ludwigshafen ist ein 2.500-kVA Drehstrom-Gießharz-Transformator Yy0 für die Versorgung von einem 6 pulsigen Silizium-Gleichrichter, Nennspannung bis 1000 V, Nennstrom 3000 A Belastungsklasse VI nach DIN 41756, sowie ein 50 kVA Drehstrom-Gießharz-Transformator Yzn 5 im Schutzgehäuse IP21 anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung der Transformatoren auf die Baustelle.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOSTrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A3 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwerungen und evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung aller Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Der Transformator ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen und die vorgegebenen Abmessungen sind einzuhalten.

Die Einlassabmessungen der Trafokammer betragen:

Höhe 2,32 m, Breite 1,50 m, Tiefe 2,60 m

2 Leistungsbeschreibung

Der ausgeschriebene Transformator muss ein trockenisolierter Drehstrom-Gießharz-Transformator sein, der höchste Qualitätsansprüche erfüllt und die in der DIN EN 50588-1, DIN EN 50329 und Ökodesign-Verordnung - (EU) Nr. 548/2014 (Transformatoren) spezifizierten Mindestanforderungen übertreffen. Die Bemessung, Ausführung, Prüfung und Gewährleistung hat nach VDE 0532 sowie IEC 60076, jeweils neueste Ausgabe, zu erfolgen.

Die Oberspannungswicklung sowie die Unterspannungswicklung müssen aus Electrolyt-Aluleitern bestehen und mit einem Epoxydharz unter Vakuum in Form voll vergossen sein.

Die Wicklungen müssen teilentladungsfrei sein, gemäß EN 60076, Teil 11 und stoßspannungsfest gemäß EN 60076, Teil 11.

Der Drehstrom-Gießharz-Transformator muss kurzschlussfest, schwer entflammbar und selbstverlöschend sein und darf keine Feuchtigkeit aufnehmen. In der Gießharzmischung dürfen keine flammhemmenden Zusätze enthalten sein, die unter Einfluss von Sekundärbrand oder im Lichtbogen toxische Dämpfe oder Gase entwickeln.

Der ausgeschriebene Drehstrom-Gießharz-Transformator muss auch nach langer Lagerung bei einer relativen Luftfeuchtigkeit von 100 % ohne Vortrocknung sofort betriebssicher eingeschaltet werden können.

Der Drehstrom-Gießharz-Transformator ist mit umsteckbaren Rollen ohne Spurkranz für Längs- und Querfahrt, einschließlich Feststellvorrichtung auszurüsten.

Stückprüfung, Stoßspannungs-, Teilentladungsprüfung und Geräuschpegel sind durch Prüfprotokolle nachzuweisen. Ferner ist ein Brandgutachten vorzulegen.



Für Temperaturwarnung und Temperaturlösung sind je Phase 2 Kaltleiter einzubauen. Die Auslösegeräte müssen für 60 V DC ausgelegt und geprüft in einem Gehäuse IP 54 anschlussfertig auf Klemmen verdrahtet sein.

Das Leistungsschild ist in Metall oder stabilem Kunststoff auszuführen, mit der Möglichkeit, dieses auf allen Seiten zu befestigen.

Der Kern muss zum Schutz gegen Korrosion und zur Geräuschkämpfung einen Spezial-Gießharz-Überzug erhalten, oder mehrfach lackiert sein. Alle Eisenteile am Transformator außer dem Kern müssen mehrfach lackiert oder feuerverzinkt sein. Die dicke der Feuerverzinkung soll mindestens 10 µm betragen.

Die Isolation der Wicklungen muss mindestens dem Isoliersystem der thermischen Klasse F (155° C max. Absoluttemperatur) entsprechen.

Die von uns angegebenen Leerlauf- und Kurzschlussverlustwerte gelten als Garantiewerte. Bei Überschreitung der Garantiewerte um mehr als 5% besteht Rückweisungsrecht.

3 Allgemeine Vorschriften, Dokumentation u. Abnahme

Der Drehstrom-Gießharz-Transformator muss in allen Teilen den neuesten VDE-Vorschriften (VDE 0532), den TLV der VDEW und des ZVEI und den DIN-Normen des neuesten Stands und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen.

Dem Angebot sind Zeichnungen und Maßbilder des Drehstrom-Gießharz-Transformators beizufügen, aus denen die Abmessungen und die Anordnung der Anschlusskerzen hervorgehen. Die zur Beurteilung notwendigen technischen Unterlagen und Pläne sind nach Auftragsvergabe dem AG zur Genehmigung vorzulegen.

Nach Auftragsvergabe sind mit dem Drehstrom-Gießharz- Transformator eine komplette Dokumentation in deutscher Sprache, 2-fach, zu liefern.

Vor Auslieferung des Drehstrom-Gießharz-Transformators ist eine kostenlose Werksabnahme mit zwei Personen durch den AG vorzusehen, in der u.a. folgende Punkte gefordert werden:

- Stückprüfung nach EN 60076-1 und EN 60076-3
- Geräuschmessung nach EN 60076-10
- Messung der Leerlauf- und Lastverluste
- Teilentladungsmessung nach EN 60076-11
- Prüfprotokoll in 2-facher Fertigung an AG

4 Technisches Datenblatt für Drehstrom-Gießharz-Transformator 2.500 kVA (Gleichrichterbetrieb)

Die Max Abmessungen für den Transformator dürfen folgende Maße nicht überschreiten:

Breite: 1.300 mm
Höhe: 2.300 mm
Tiefe: 2.350 mm

Nennleistung:	2.500 kVA	bei 610/660 V
Nennoberspannung:	20 kV $\pm 2 \times 2,5$ %	mittels Laschen umschaltbar (im spannungslosen Zustand)
Nennunterspannung:	610/660 V	Umschaltung auf der Nenn- unterspannungsseite ist auch durch Anzapfung auf der Ober- spannungsseite zulässig
Nennfrequenz:	50 Hz	
Schaltgruppe:	Yy0	
Kurzschlussspannung:	6 % bei 610 V plus Toleranz laut VDE ...% bei 660 V plus Toleranz laut VDE	
Leerlaufverluste:	2.700 W bei 610 VW bei 660 V	
Kurzschlussverluste (120° C):	17.000 W bei 610 VW bei 660 V	



Betriebsart:	DB
Kühlungsart:	AN (natürliche Selbstkühlung)
Schalldruckpegel:	52 dB(A) DIN 0532
Isolationspegel:	LI 125 AC 50/LI - AC 3
Isolierstoffklasse:	F/100
Belastungsklasse:	VI nach IEC
Schutzart nach DIN 40050:	P 00 (Ohne Gehäuse)
Spurbreite:	820 mm (Rollen)
Rolleneinstellung:	Längsfahrt bzw. Querfahrt
Abmessungen:mmmmmm (BxHxT)
Gewicht:t

Mit dem Transformator ist ein Auslösegerät für Temperaturwarnung und Temperatúrauslösung fertig auf Klemmen verdrahtet im Schaltkasten (300x300x200mm) mit Sichtfenster, sowie geeignete Schwingmetalle mit zuliefern.

5 Technisches Datenblatt für Drehstrom-Gießharz-Transformator 50 kVA mit Schutzgehäuse IP21 und Fahrwerksaufstellung

Die Max Abmessungen für den Transformator dürfen folgende Maße mit Gehäuse nicht überschreiten:

Breite: 1.400 mm
Höhe: 1550 mm
Tiefe: 900 mm

Nennleistung: 50 kVA

Nennüberspannung: 20 kV mittels Lasche umschaltbar
±2x2,5 % (im spannungslosen Zustand)

Nennunterspannung: 400 V

Nennfrequenz: 50 Hz

Schaltgruppe: Yzn 5

Kurzschlussspannung: 6 %

Leerlaufverluste: 180 W

Kurzschlussverluste (120° C): 1.500 W

Betriebsart: DB

Kühlungsart: AN (natürliche Selbstkühlung)

Schalldruckpegel: 50 dB(A) DIN 0532



Isolationspegel:	LI 125 AC 50/LI - AC 3
Isolierstoffklasse:	F/F
Belastungsklasse:	5 nach IEC 146
Schutzart nach DIN 40050:	IP 00 (Trafo)
Schutzart Gehäuse:	IP 21
Spurbreite:	520 mm (Rollen)
Rolleneinstellung:	Längsfahrt bzw. Quersfahrt
Abmessungen:mmmmmm (BxHxT)

Mit dem Transformator ist ein Auslösegerät für Temperaturwarnung und Temperatúrauslösung fertig auf Klemmen verdrahtet im Schaltkasten (300x300x200mm) mit Sichtfenster, sowie geeignete Schwingmetalle mit zuliefern.

[Technische Ausrüstung GUV Friedenspark Ludwigshafen]
[014-25-E15]

Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft

Klicken Sie hier, um Text einzugeben

Betreff: [Technische Ausrüstung GUV Friedenspark Ludwigshafen]
[014-25-E15]

Unter Bezugnahme auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe unterbreiten wir Ihnen das nachfolgende Angebot, an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist am [31.07.2025] gebunden halten.

Wir haben unser Angebot ausschließlich auf Grundlage der Angaben der Vergabeunterlagen erstellt.

Unser Angebot gilt für folgende Lose (bitte zutreffendes für alle Lose ankreuzen):

Los	Ja, unser Angebot gilt für dieses Los	Nein, unser Angebot gilt nicht für dieses Los
Los 1 - Gleichstromanlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Los 2 - Mittelspannungsanlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Los 3 - Trafo	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

[Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen]
[014-25-E15]

1. Angebotsinhalt

Bestandteile unseres Angebotes (Vertragsbestandteile), an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden halten, sind neben diesem Angebotsschreiben folgende Unterlagen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsbeschreibungen und zugehörige Anlagen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Allgemeine Vertragsgrundlagen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.II.1. – Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.IV.1. – Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.IX.1 – Verpflichtung von qualifizierten Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Eigenerklärung EU-Russland-Sanktionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung ArbEntG für Rheinland-Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung MiLoG für Rheinland-Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)

Das Leistungssoll wird abschließend und ausschließlich in den vorbenannten Vertragsbestandteilen bestimmt. Weitere im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellte Unterlagen oder Informationen enthalten keine Konkretisierung der zu erbringenden Leistungen.

Zum Nachweis der Eignung sind weitere einzureichende Unterlagen erforderlich, diese sind an den entsprechenden Stellen innerhalb der Vergabeunterlagen benannt.

2. Ansprechpartner

Als vertretungsberechtigten Ansprechpartner benennen wir:

Name	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail-Adresse	

[Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen]
 [014-25-E15]

3. Umsatzsteuernummer und Bankverbindung

Umsatzsteuer-Nr.	
Bankverbindung	
Kontoinhaber	
IBAN	
BIC	

Wird das Angebot von einer Bietergemeinschaft erstellt, bitte die Daten des für die Rechnungsstellung und den Zahlungsempfang festgelegten Unternehmens eintragen.

4. Preisangebot

Wir bieten die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von uns im

Preisblatt

eingesetzten Preisen an.

Mit Annahme dieses Angebots durch den Auftraggeber kommt der Vertrag zustande.

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben

(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer Bietergemeinschaft]

This image shows a single sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There is a vertical margin line on the left side, creating a narrow left margin. The paper appears to be a standard notebook or ledger page.

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

Name des Bieters	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Technische Ausrüstung GUV Friedenspark Ludwigshafen]
[014-25-E15]

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Technische Ausrüstung GUV Friedenspark Ludwigshafen]
[014-25-E15]

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	<input type="text"/>
Rechtsform	<input type="text"/>
Anschrift	<input type="text"/>
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilhahmeantrag beigefügt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
Telefax	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Ansprechpartner	<input type="text"/>
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)



Merkblatt

für die Abgabe einer Tariftreueerklärung und/oder Mindestentgelterklärung nach dem rheinland-pfälzischen Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch das Landesgesetz zur Änderung haushalts- und vergaberechtlicher Vorschriften vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Das Landestariftreuegesetz verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.

Das Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärungen unterstützen. Bitte beachten Sie jedoch, dass dieses Merkblatt sowie die bereitgestellten Mustererklärungen lediglich Arbeitshilfen darstellen, für die keine Haftung übernommen wird.

1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen Auftrag?

Nein. § 2 LTTG beschränkt den Anwendungsbereich auf öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro. Bei der Schätzung des Auftragswertes gilt § 3 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV). Danach ist von der geschätzten Gesamtvergütung für die vorgesehene Leistung einschließlich etwaiger Prämien oder Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind alle Optionen oder etwaige Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.

Wenn danach das LTTG grundsätzlich anwendbar ist, kann der öffentliche Auftraggeber beim Einsatz von Nachunternehmern oder Beschäftigten eines Verleihers durch den Auftragnehmer oder Nachunternehmer auf die Vorlage von Tariftreue- bzw. Mindestentgelterklärungen verzichten, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmers oder Verleihers weniger als 10.000 Euro beträgt. Dieser Verzicht tritt jedoch nicht kraft Gesetzes ein, sondern bedarf einer gesonderten Erklärung des öffentlichen Auftraggebers.

2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben?

2.1 Tariftreueerklärung

Es ist vorrangig zu prüfen, ob nach **§ 4 Abs. 1 oder 3 LTTG** eine **Tariftreueerklärung** abzugeben ist.

a) Tariftreueerklärung nach § 4 Abs. 1 LTTG

Eine Pflicht zur Abgabe einer Tariftreueerklärung besteht nach § 4 Abs. 1 LTTG für solche Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden. Diese Unternehmen müssen sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist.

Eine Bindung durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz besteht, wenn der Tarifvertrag als Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nummer 1 AEntG für allgemeinverbindlich erklärt ist oder eine Rechtsverordnung nach § 7 oder § 7a AEntG vorliegt.

Gemäß § 4 Abs. 1 AEntG können Tarifverträge in folgenden Branchen zwingend Anwendung finden:

- des Bauhauptgewerbes oder des Baunebengewerbes im Sinne der Baubetriebe-Verordnung vom 28. Oktober 1980 (BGBl. I S. 2033), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1085), in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- der Gebäudereinigung,

- für Briefdienstleistungen,
- für Sicherheitsdienstleistungen,
- für Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- für Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
- für Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung dafür, dass ein solcher Tarifvertrag Anwendung findet, ist jedoch, dass der Betrieb überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies muss im Einzelfall anhand der tatsächlichen Verhältnisse vom Auftragnehmer geprüft werden.

Für alle anderen als die in § 4 Abs. 1 AEntG genannten Branchen können Tarifverträge nach § 4 Abs. 2 AEntG zwingend Anwendung finden. Auch hier muss eine Einzelfallprüfung durch den Bieter/Bewerber erfolgen.

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 1**“ abzurufen.

Eine Aufstellung der tariflichen Mindestlöhne im Sinne des AEntG wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) herausgegeben und stichtagsbezogen aktualisiert. Die Übersicht ist über die Internetseite der Servicestelle LTTG unter <https://lsjv.rlp.de/de/buergerportaleservice/downloads/arbeit/#c22858> über den Link „Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ abrufbar.

Bei der Verwendung der vorgenannten Übersicht ist indes Folgendes zu beachten:

- Da die Allgemeinverbindlichkeit zum Teil mit Rückwirkung ausgesprochen wird, wird der Beginn der Allgemeinverbindlichkeit manchmal erst nachträglich bekannt. Es kann deshalb vorkommen, dass ein Tarifvertrag im Verzeichnis noch nicht aufgeführt ist, obwohl später die Allgemeinverbindlichkeit zu einem früheren Zeitpunkt ausgesprochen wird. Ebenso kann der Fall eintreten, dass ein

Tarifvertrag noch als gültig und allgemeinverbindlich aufgeführt ist, obwohl die Allgemeinverbindlichkeit bereits zu einem früheren Zeitpunkt beendet war.

- Allgemeinverbindlicherklärungen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ergehen zum Teil mit Einschränkungen oder Ausnahmen vom Geltungsbereich bzw. vom Tarifvertragsinhalt. Führt eine solche Ausnahme dazu, dass im konkreten Fall der öffentliche Auftrag nicht vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst wird, ist keine Tariftreue-, sondern eine Mindestentgelterklärung abzugeben.
- Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales stichtagsweise erstellte Übersicht stellt lediglich eine Arbeitshilfe dar, so dass eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden kann. **Dem Bieter obliegt daher weiterhin die jeweils eigenverantwortliche Prüfung, ob ein tariflicher Mindestlohn im Sinne des AEntG für das Unternehmen gilt.**

Es empfiehlt sich deshalb im Einzelfall Auskunft unter Bezeichnung des in Betracht kommenden Tarifvertrages und Zeitraumes beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Referat IIIa8 in 53107 Bonn einzuholen.

Wichtig: Wird im Rahmen eines öffentlichen Auftrages **nur ein Teil** der eingesetzten Arbeitnehmer bei der Ausführung der Leistung vom AEntG in der jeweils geltenden Fassung erfasst, gilt Folgendes:

Der Bieter/Bewerber hat zu prüfen, ob hinsichtlich der restlichen, von der Tariftreuerklärung nicht erfassten Arbeitnehmer, zusätzlich auch eine Mindestentgelterklärung abzugeben ist.

Keine Verpflichtung besteht vor allem in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Die „**Mustererklärung 1**“ sieht auch ein Feld für die zusätzliche Mindestentgelterklärung vor.

b) Tariftreuerklärung nach § 4 Abs. 3 LTTG

Nach § 4 Abs. 3 LTTG müssen sich Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bewerben, zur Tariftreue verpflichten.

Die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bezieht sich auf einschlägige und repräsentative, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarte Tarifverträge. Diese werden vom öffentlichen Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie als Verwaltungsvorschrift im Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz veröffentlicht und von der Servicestelle im Internet zur Verfügung gestellt.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine Servicestelle eingerichtet, die über das Landestariftreuegesetz informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Auf der Internetseite der Servicestelle können weitere Informationen entnommen werden: <https://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/arbeit/landestariftreuegesetz-lttg/>

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 2**“ abzurufen.

2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung:

Wenn und soweit nach dem unter 2.1 Gesagten keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 LTTG verpflichten, eine Mindestentgelterklärung abzugeben.

Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG (ab 01.01.2019)

Da die Höhe des nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlenden Mindestlohns seit 01.01.2019 den Betrag von 8,90 € gemäß § 3 Abs. 2 LTTG übersteigt (Mindestlohn ab 01.01.2019: 9,19 €; ab

01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 € brutto; ab 01.01.2024: 12,41 € je Zeitstunde), muss sich der Bieter/Bewerber, bei Leistungen, die vom Mindestlohngesetz in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, bei Angebotsabgabe verpflichten, seinen Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den jeweils geltenden Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht und Änderungen während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachzuvollziehen.

Keine Verpflichtung besteht in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Ein Muster zur Abgabe der Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 3**“ abzurufen.

3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer bzw. für eingesetzte Leiharbeitnehmer?

§ 5 Abs. 2 LTTG verpflichtet die Bieter/Bewerber, Mindestentgelt- und Tariftreueerklärungen auch für Nachunternehmer, deren Nachunternehmen und Beschäftigte eines Verleihers vorzulegen und die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Verpflichtungen sicherzustellen. Insbesondere ist/sind Bieter/Bewerber verpflichtet, die Kalkulationen der Nachunternehmer daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Tarife bzw. des Mindestentgeltes kalkuliert sein können.

Die Abgabe einer Mindestentgelterklärung kann allerdings nicht gefordert werden, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die

Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben wird?

§ 4 Abs. 6 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

§ 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Satz 3 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

Herausgeber:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

– Servicestelle LTTG –

Postfach

54229 Trier

Telefon 0651 1447-210

Telefax 0651 1447-14210

servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de

www.lsjv.rlp.de



Mustererklärung 1

für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden,

nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)

Auftragsnummer: 014-25-E15

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichte/n** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2019: 9,19 €; ab 01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 €; ab 01.01.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgeltklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



Mustererklärung 3

nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Auftragsnummer: 014-25-E15

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00; ab 1.1.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen

Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022

Formblatt für Eigenerklärungen

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

27.05.2025

Verfahren: 014-25-E15 - Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS Gleichstromschaltanlage	EUR
----------	------------------------------------	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Stromrichter (31151000-9)
Gleichrichter (31153000-3)
Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen (31200000-8)
Elektrische Geräte zum Schalten oder Schützen von Stromkreisen (31210000-1)
Teile von Elektrizitätsverteilungs- oder -schalteinrichtungen (31230000-7)
Bedarf für die Stromversorgung (31682000-0)
Mittelspannungsanlagen (31682300-3)

Lieferung von 3-feldriger Gleichstromanlage bestehend aus einer Plusverteilung, Gleichrichterbedienfeld mit 1 Streckenabgangsfeld

Technische Daten Gleichstromanlage

Die Gleichstromanlage setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen:

- 1 Stück Plusverteilung
- 1 Stück Gleichrichterbedienung
- 3 Stück Streckenabgangsfelder

Elektrotechnische Angaben Gleichstromanlage:

- Nennspannung 750V DC
- Bemessungs- Isolationsspannung 1,2kV
- Bemessungs- Stehstossspannung 8kV
(Leiter gegen Erde)
- Stehwechselspannungspegel Hauptstromkreise 3,6kV
(Leiter gegen Erde)
- Stehwechselspannungspegel Hilfsstromkreise 2kV
- Nennstrom der Sammelschiene 3kA
- DC-Hilfsspannung 60V

- DC-Hilfsspannung SPS-Steuerung 24V
- Schutzart Leistungsschalterfeld IP20
- Schutzart Niederspannungsnische IP40

Die Gleichstromanlage ist:

- isoliert aufzubauen, zentral zu Erden und über ein Stromrelais definiert abzusichern
- ist zusätzlich mit einer zentralen Schnittstelle für eine Fernwirkanbindung (Draht-Technik) auszurüsten
- für die Fernsteuerung u. Fernmeldung ist eine getrennte Klemmleiste mit Trennklemmen Fabrikat Phoenix MTK oder gleichwertig vorzusehen
- mit zusätzlichen Prüfbuchsen für Messungen bei den DC-Trennverstärker vorzusehen
- mit einem Blindschaltbild auf den jeweiligen Feldern zu versehen
- Die Sammelschiene ist blau und die Rückleitterschiene rot zu lackieren

1.1	Plusverteilungsfeld (800 mm Feldbreite)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

.....
pro 1,00 Stück

.....

Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 2.1 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.

Lieferung und Montage eines Plusverteilungsfeldes, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, mit zwei einflügeligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle und Leitungen (halogenfrei), Klemmen, Verdrahtungen etc.

Die Gerüßtschluss - Schutzeinrichtung ist in dem Plusverteilungsfeld unterzubringen.
In dem Plusverteilungsfeld werden 8 Stück Pluskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen.

Jedes Kabel ist auf Stromführung zu messen und anzuzeigen.

Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzliche Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen.
Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² mit Anschlussmöglichkeit von

8 Rückleiterkabel.

Die Rückleiterschiene ist in roter Farbe zu lackieren
Das Plusverteilungsfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten
die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten.

Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm

1.2	Gleichrichterbedienfeld (800 mm Feldbreite)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 2.2 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.						
Lieferung und Montage Gleichrichterbedienfeldes , Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, zwei einflügligen vor-derseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Stützer, Kabelkanäle, Leitungen und Klemmen (halogenfrei), Verdrahtungen etc. Im Gleichrichterbedienfeld befindet sich der 20 kV UMZ Schutzschalter sowie der 20 kV Prüfschalter. Bei den DC-Trennverstärkern sind zusätzlich Prüfbuchsen für Messungen vorzusehen. In dem Gleichrichterbedienfeld werden 6 Stück Minuskabel 240mm² als Verbindung zum Gleichrichter angeschlossen. Kupferverschienenung aus 2x120x10 mm² für Sammelschiene (blau lackiert), so-wie Rückleiterverschienenung aus Cu 2x120x10 mm² zum Rückleiterfeld (rot lackiert) Das Gleichrichterbedienfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten. Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm						

1.3	Streckenabgangsfeld 1 (800mm Feldbreite)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 2.3 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.

.....
pro 1,00 Stück

Lieferung und Montage von einem Streckenabgangsfeld, Farbanstrich RAL 7035, bestehend aus einer verwindungsfreien Stahlkonstruktion, zwei einflügligen vorderseitigen Türen (ein Stück mit Klarsichtfenster), Isoliertrennwänden, einschl. erforderlicher Montageplatten, Kabelkanäle, Leitungen und Klemmen (halogenfrei), Verdrahtungen etc. Im Streckenabgangsfeld befindet sich der GS-Schnellschalter in ausziehbarer Technik, die sich hinter einem hydraulisch gedämpften Schwenkrahmen befinden. Auf dem Schwenkrahmen befinden sich die kompl. Steuereinrichtungen und deren Verdrahtung. Die Auslösemechanik des Gleichstrom-Schnellschalters mit Kondensatorauslösung und magnetischer Haltung, Nennstrom 2.600 A, muss in 200 A Schritten von 2-5 kA einstellbar sein. Ferner muss bei Ausfall der Steuerspannung der Schalter mechanisch abschaltbar sein. Die Steuerung der Streckenprüfung, Meldeerfassung und automatische Wiederzuschaltung des Streckenschalters muss über eine autarke SPS-Steuerung (36 Ein- und 36 Ausgängen) erfolgen. Der Schutz der Gleichstromanlage sowie der Oberleitung ist über ein digitales Streckenschutzgerät zu realisieren. Für die Überwachung der Speisekabel ist ein autarkes Kabelüberwachungsrelais einzusetzen. Der Kabelabgang ist so zu dimensionieren, dass zwei 400 mm² Kabel angeschlossen werden können. Es sind zwei Erdungsbolzen zum Erden des Streckenabgangs vorzusehen. Ein Streckenabgangsfeld darf auf Grund der bauörtlichen Gegebenheiten die max. genannten Abmessungen nicht überschreiten. Abmessung: 2200x800x800 (HxBxT) mm

1.4	Streckenabgangsfeld 2 (800mm Feldbreite)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		

Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 2.4 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.

.....
pro 1,00 Stück

Das Streckenabgangsfeld 2 wird gleichwertig ausgeführt wie das Streckenabgangsfeld 1.

1.5	Streckenabgangsfeld 3 (800mm Feldbreite)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
		Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 2.5 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.				
Das Streckenabgangsfeld 3 wird gleichwertig ausgeführt wie das Streckenabgangsfeld 1.						
<hr/>						
1.6	Verkabelung Spezifikation Kabellieferung, Verlegung und Anschluss	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
		Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 3.0 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.				
<hr/>						
1.7	Dokumentation Planungsunterlagen, Dokumentation, Revision der Pläne	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
		Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 4.0 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.				
An Zeichnungsunterlagen werden verlangt:						
- Aufstellungspläne						
- Konstruktionspläne						
- Verdrahtungstabellen						
- Gerätelisten						
- Stromlaufpläne						
- Übersichtsplan der Anlage						

- Klemmenpläne

Die Pläne sind auf dem Moeller CAD-System Proplan zu erstellen.
Nach Inbetriebnahme der Anlage sind die Pläne auf den neusten Stand zu bringen.

Zur Ausführung dürfen nur Unterlagen verwendet werden, die vom Auftraggeber genehmigt sind. Diese sind dem AG rechtzeitig zur Genehmigung vorzulegen.

Zur Abnahme der Anlage hat der Auftragnehmer 2 Ordner im Format DIN A4 mit Bedien- und Wartungsvorschriften, Prüfprotokollen usw. für die wesentlichen Anlagenteile vorzulegen.

Darüber hinaus gehört eine Einweisung in die Bedienung und die Funktionsweise der gelieferten Anlage zum Leistungsumfang. Der Termin hierfür ist mit dem Auftraggeber mindestens 2 Wochen vorher zu vereinbaren.

Nach Inbetriebnahme der GS-Anlage hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber zwei Satz revidierter Pläne als Lichtpausen, sowie auf Datenträger (z.B. Diskette) zu liefern.

Der Auftragnehmer muss für die gesamte DC-Schaltanlage ein Instandhaltungsbuch erstellen, für alle Einzelkomponenten mit den Wartungsvorschriften der Gerätehersteller. Mit Angaben von Wartungsfristen um entstehende Mängel, mit denen gerechnet werden muss, festzustellen bzw. bekannte Schwachstellen rechtzeitig zu kontrollieren.

1.8	Anlagenzubehör	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 5.0 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.			 pro 1,00 Stück

1.9	Messungen/Kurzschlussversuche	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 6.0 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.			 pro 1,00 Stück

1.10	Inbetriebnahme und Einweisung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
	Bitte geben Sie die Summe der gesamten Pos aus dem Kapitel 7.0 gemäß der Leistungsbeschreibung hier an.			 pro 1,00 Stück

2	LOS 7-feldrige druckfreie und gasisolierte 21-kV Mittelspannungsschaltanlage	EUR
----------	---	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Gleichrichter (31153000-3)
Elektrische Geräte zum Schalten oder Schützen von Stromkreisen (31210000-1)

Für ein Gleichrichterwerk (GUW) der RNV GmbH in Ludwigshafen ist eine 7-feldrige 24-kV-metall-gekapselte Gasisolierte - Mittelspannungsschaltanlage in:

- > Einfachsammschienenauflührung
- > Nennspannung 24 kV
- > Betriebsspannung 21 kV
- > Nennkurzschlussstrom 16 kA; 1 sec
- > Sammelschienen-Nennstrom 630 A
- > Abzweig-Nennstrom 630 A
- > Druckfreiheit im Aufstellungsraum bei Störlichtbögen

mit den erforderlichen Hilfs- und Steuereinrichtungen (Steuer- und Hilfsspannung 60 V DC) anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung und das Einbringen der Schaltanlage in das vorhandene Gebäude inkl. aller dafür erforderlichen Hilfsmittel.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOSTrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A3 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

2.1	7-feldrige druckfreie und gasisolierte 21-kV Mittelspannungsschaltanlage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
				 pro 1,00 Stück

3 LOS Gleichrichter- und Eigenbedarfstransformator

EUR

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Teile von Transformatoren, Induktionsspulen und Stromrichtern (31162000-9)
 Transformatoren (31170000-8)

Für ein Gleichrichterwerke (GUW) in Mannheim ist ein 2.500-kVA Drehstrom-Gießharz-Transformator Yy0 für die Versorgung von einem 6-pulsigen Silizium-Gleichrichter, Nennspannung bis 1000 V, Nennstrom 3000 A Belastungsklasse VI nach DIN 41756, sowie ein 100 kVA Drehstrom-Gießharz-Transformator Yzn 5 im Schutzgehäuse IP23 anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung der Transformatoren auf die Baustelle.

Allgemeines

Für ein Gleichrichterwerke (GUW) der RNV GmbH in Ludwigshafen ist ein 2.500-kVA Drehstrom-Gießharz-Transformator Yy0 für die Versorgung von einem 6 pulsigen Silizium-Gleichrichter, Nennspannung bis 1000 V, Nennstrom 3000 A Belastungsklasse VI nach DIN 41756, sowie ein 50 kVA Drehstrom-Gießharz-Transformator Yzn 5 im Schutzgehäuse IP21 anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung der Transformatoren auf die Baustelle.

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOSTrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungsvorschrift BGV A3 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmaßige Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung

der
Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeiterschwerungen
und
evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen
Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden
Leistungsbeschreibung
aller Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu
liefern und
einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind
insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger
Art
einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten
Lieferungen
und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen
Einheitspreis abgegolten sind.
Der Transformator ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten
Regeln
der Technik zu erstellen und die vorgegebenen Abmessungen sind
einzuhalten.
Die Einlassabmessungen der Trafokammer betragen:
Höhe 2,32 m, Breite 1,50 m, Tiefe 2,60 m

3.1	Drehstrom-Gießharz- Transformator 2.500 kVA (Gleichrichterbetrieb)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
<p>Die Max Abmessungen für den Transformator dürfen folgende Maße nicht überschreiten: Breite: 1.300 mm Höhe: 2.300 mm Tiefe: 2.350 mm</p> <p>Nennleistung: 2.500 kVA bei 610/660 V</p> <p>Nennoberspannung: 20 kV ?2x2,5 % mittels Laschen umschaltbar (im spannungslosen Zustand)</p> <p>Nennunterspannung: 610/660 V Umschaltung auf der Nennunterspannungsseite ist auch durch Anzapfung auf der Oberspannungsseite zulässig</p> <p>Nennfrequenz: 50 Hz</p> <p>Schaltgruppe: Yy0</p>						

Kurzschlussspannung: 6 % bei 610 V plus Toleranz laut VDE
...% bei 660 V plus Toleranz laut VDE

Leerlaufverluste: 2.700 W bei 610 V
.....W bei 660 V

Kurzschlussverluste (120° C): 17.000 W bei 610 V
.....W bei 660 V

Betriebsart: DB

Kühlungsart: AN (natürliche Selbstkühlung)

Schalldruckpegel: 52 dB(A) DIN 0532

Isolationspegel: LI 125 AC 50/LI - AC 3

Isolierstoffklasse: F/100

Belastungsklasse: VI nach IEC

Schutzart nach DIN 40050: P 00 (Ohne Gehäuse)

Spurbreite: 820 mm (Rollen)

Rolleneinstellung: Längsfahrt bzw. Querfahrt
Abmessungen:mmmmmm (BxHxT)
Gewicht:t

Mit dem Transformator ist ein Auslösegerät für Temperaturwarnung und
Temperaturauslösung fertig auf Klemmen verdrahtet im Schaltkasten
(300x300x200mm) mit Sichtfenster, sowie geeignete Schwingmetalle
mit
zuliefern.

Textergänzungen/Eigenschaften

Kurzschlussspannung in % bei 660 V plus Toleranz laut VDE::

Leerlaufverluste in W bei 660 V::

Kurzschlussverluste (120°C) in W bei 660 V::

Abmessungen in mm (BxHxT)::

Gewicht in t::

3.2	Drehstrom-Gießharz- Transformator 50 kVA mit Schutzgehäuse IP21 und Fahrwerksaufstellung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

Die Max Abmessungen für den Transformator dürfen folgende Maße mit
Gehäuse nicht überschreiten:
Breite: 1.400 mm
Höhe: 1550 mm
Tiefe: 900 mm

Nennleistung: 50 kVA

Nennoberspannung: 20 kV mittels Lasche umschaltbar
±2x2,5 % (im spannungslosen Zustand)

Nennunterspannung: 400 V

Nennfrequenz: 50 Hz

Schaltgruppe: Yzn 5

Kurzschlussspannung: 6 %

Leerlaufverluste: 180 W

Kurzschlussverluste (120° C): 1.500 W

Betriebsart: DB

Kühlungsart: AN (natürliche Selbstkühlung)

Schalldruckpegel: 50 dB(A) DIN 0532

Isolationspegel: LI 125 AC 50/LI - AC 3

Isolierstoffklasse: F/F

Belastungsklasse: 5 nach IEC 146

Schutzart nach DIN 40050: IP 00 (Trafo)

Schutzart Gehäuse: IP 21

Spurbreite: 520 mm (Rollen)

Rolleneinstellung: Längsfahrt bzw. Querfahrt

Mit dem Transformator ist ein Auslösegerät für Temperaturwarnung und
Temperaturauslösung fertig auf Klemmen verdrahtet im Schaltkasten

(300x300x200mm) mit Sichtfenster, sowie geeignete Schwingmetalle mit
zuliefern.

Textergänzungen/Eigenschaft en

Abmessungen in mm (BxHxT)::

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass
(netto)

Nachlass
(netto)

Summe inkl. Nachlass
(netto)

Umsatzsteuer

**Summe
(brutto)**

Verfahren: 014-25-E15 - Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 014-25-E15 - Technische Ausrüstung GUW Friedenspark Ludwigshafen

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "Gleichstromschaltanlage "

1.1 Technische Leistungsfähigkeit Los 1: Gleichstromanlage

Gewichtung: 0,00%

1.1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens drei Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat. Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge für die Lieferung einer Gleichstromschaltanlage für ein Gleichrichterunterwerk sowie dessen Auftragsvolumen. Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei Jahren (ab 2021) erbracht worden sind.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Die Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

1.1.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

1.1.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

1.1.2.1.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.1.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.1.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.1.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.1.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

1.1.2.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021). Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

1.1.2.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

1.1.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien der Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

1.1.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

1.1.3.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

1.1.3.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

1.1.3.4.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2 Los 2 - "7-feldrige druckfreie und gasisolierte 21-kV Mittelspannungsschaltanlage"

2.1 Technische Leistungsfähigkeit Los 2: Mittelspannungsschaltanlage

Gewichtung: 0,00%

2.1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens drei Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat. Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge für die Lieferung und Inbetriebnahme einer Mittelspannungsschaltanlage für ein Gleichrichterunterwerk sowie dessen Auftragsvolumen.

Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei Jahren (ab 2021) erbracht worden sind.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an.

Die Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

2.1.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

2.1.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

2.1.2.1.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.1.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.1.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021). Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.1.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.1.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

2.1.2.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

2.1.2.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.2.3.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

2.1.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien der Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

2.1.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

2.1.3.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

2.1.3.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.3.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

2.1.3.4.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.4.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.4.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.4.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

2.1.3.4.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 3.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3 Los 3 - "Gleichrichter- und Eigenbedarfstransformator "

3.1 Technische Leistungsfähigkeit Los 3: Gleichrichter- und Eigenbedarfstransformat

Gewichtung: 0,00%

3.1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens drei Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat. Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge für die Lieferung eines Gießharztransformators für die Versorgung einer Bahnstromanlage sowie dessen Auftragsvolumen.

Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei Jahren (ab 2021) erbracht worden sind.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an.
Die Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

3.1.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

3.1.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

3.1.2.1.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.1.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.1.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.1.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.1.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 6.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

3.1.2.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 6.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

3.1.2.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.2.3.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 6.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

3.1.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien der Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

3.1.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

3.1.3.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.2.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.2.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 6.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

3.1.3.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.3.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.3.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 6.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

3.1.3.4.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.4.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.4.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Dieser muss innerhalb der letzten 3 Jahre liegen (ab 2021).

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.4.4 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.1.3.4.5 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Mindestanforderungen an die Referenzen: siehe Ziffer 6.1

Die Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

4 Allgemeine Erklärungen

Gewichtung: 0,00%

4.1 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der nachstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren und ggf. von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine

solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

5.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:
 Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:
 Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
 Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
 Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,

- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

5.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

6.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind für jeden Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beizufügen:

- Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Eigenerklärung Versicherungspolice

6.2 Handelsregisterauszug

Gewichtung: 0,00%

6.2.1 Handelsregisterauszug [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) wurde dem Angebot als Anlage beigelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2 Wenn Handelsregisterauszug nicht beigelegt

K.O.-Kriterium: Ja

Wenn ein Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beigelegt ist:

Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigelegt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

6.3.1 Anforderung Versicherungspflicht

K.O.-Kriterium: Nein

Die Deckungssumme der Versicherung muss im Schadensfall mindestens betragen:

- für Personenschäden: 1 Mio. Euro
- für Sach- und Vermögensschäden: 1 Mio. Euro.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Hinweis:

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter/die Bietergemeinschaft eine entsprechende Eigenerklärung ab. Dabei ist zu unterscheiden:

- a) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies unter 6.3.2. anzukreuzen. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung herung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssumme vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat der dies in der Eigenerklärung Versicherungspflicht unter 6.3.2 anzukreuzen. Die Eigenerklärung unter 6.3.2 ist ausreichend. Eine Versicherungsbestätigung oder vergleichbare Nachweise sind mit dem Angebot nicht einzureichen. Entsprechende Nachweise sind erst nach Zuschlagserteilung unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen.
- b) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweise, hat der Bieter/die Bietergemeinschaft zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat der in der Eigenerklärung unter 6.3.3 dies anzukreuzen, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorlegen wird. Diese Erklärung ist unwiderruflich.

6.3.2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft erklärt hiermit, dass diese über eine in 6.3.1. beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung verfüge.

Die Deckungssumme dieser Versicherung beträgt je Schadensfall mindestens 1 Mio. Euro für Personenschäden, sowie 1 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt mindestens das Zweifache der genannten Deckungssumme. Entsprechende Nachweise werden unaufgefordert dem Auftraggeber erst nach Zuschlagserteilung vorgelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass sein Unternehmen derzeit noch nicht über die in den Vergabeunterlagen geforderte Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung verfügt.

Eine Überprüfung hat ergeben, dass dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Daher ist der Bieter/die Bietergemeinschaft in der Lage, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen.

Diese Erklärung ist unwiderruflich.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 KMU

Gewichtung: 0,00%

7.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

- Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
- Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
- Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
- Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Kleinunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Gleichstromschaltanlage "
- 2 Los 2 - "7-feldrige druckfreie und gasisolierte 21-kV Mittelspannungsschaltanlage"
- 3 Los 3 - "Gleichrichter- und Eigenbedarfstransformator "

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Preisblatt_Stundenlohnarbeiten_Los1.xlsx	38,26 KB	xlsx
Dateianlage	Preisblatt_Stundenlohnarbeiten_Los2.xlsx	38,25 KB	xlsx
Dateianlage	Preisblatt_Stundenlohnarbeiten_Los3.xlsx	38,25 KB	xlsx